



# **Globalisierung aus christlicher Sicht**

Analysen, Kritik und Alternativen

**Vincent Lechaire, Markus Meury, Béatrice Steiner,  
Thomas Tichy**

Arbeitstexte der Wirtschaftsgruppe von ChristNet (2002-2005)

## **Redaktion**

Vincent Lechaire, Markus Meury, Béatrice Steiner, Thomas Tichy

## **Revision**

Christoph Rügger

## **Koordination und Layout**

Béatrice Steiner

## **Übersetzung Zum Geleit und Einführung**

Samuel Ninck

## **Druck**

Trajets Imprimerie, Genf

# **G**lobalisierung aus christlicher Sicht

Analysen, Kritik und Alternativen

**Vincent Lechaire, Markus Meury, Béatrice Steiner, Thomas Tichy**

Arbeitstexte der Wirtschaftsgruppe von ChristNet (2002-2005)



## Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit.....	S.9
Einführung.....	S.11
ERSTES KAPITEL : Kritik des neoliberalen Wirtschaftssystems und der daraus abgeleiteten Art der Globalisierung	
Das liberale Menschenbild: eine biblische Kritik	
Thomas Tichy .....	S.17
Globalisierung	
Markus Meury.....	S.24
Globalisierung und Christentum	
Markus Meury.....	S.37
Globalisierung : Thesen der Kritiker	
Markus Meury.....	S.39
Joseph Stiglitz: die Schatten der Globalisierung	
Markus Meury.....	S.47

## ZWEITES KAPITEL : die Fallstudie Wasser

### Globalisierung : das Beispiel der Wasserprivatisierung

Markus Meury..... S.61

### Wasserprivatisierung in Entwicklungsländern und ihre Folgen

Markus Meury..... S.70

### Emanuele Lobina und David Hall. Problems with private water concessions: a review of experience

Markus Meury..... S.75

### Recht auf Wasser heisst Recht auf Leben

Markus Meury..... S.78

## DRITTES KAPITEL : Alternativen zum dominierenden Wirtschaftssystem

### « Quand l'ajout d'huile dans les rouages ne suffit pas » (In Französisch)

Béatrice Steiner ..... S. 87

### Alternatives à la mondialisation néolibérales : quelques pistes (In Französisch)

Vincent Lechaire..... S. 99

### Micah Network : a Call from Querétaro

Markus Meury..... S.107

Epilog : Der Fall Delphi: wo endet die Globalisierung? .....S.111

Literatur : .....S.115





## **Zum Geleit**

ChristNet ist ein Forum von Christinnen und Christen, das einen kritischen Beitrag in den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Umwelt, Kultur und Entwicklung leisten will, und im Oktober 2000 offiziell lanciert wurde. Das Ziel von ChristNet ist es, Christen, die an diesen Themen interessiert sind und sich betroffen fühlen, zum Gespräch, zum Austausch und zum Handeln zusammen zu bringen. Jedes Jahr werden vier Forumsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen wie Umwelt, Finanzen, nationale und internationale Politik, Geschlechterfragen, wirtschaftliche Alternativen usw. durchgeführt.

Neben der Organisation von Foren, Konferenzen und Aktionen umfasst ChristNet auch Themengruppen wie die Wirtschaftsgruppe, die Ende 2002 gegründet wurde und für alle wirtschaftlich interessierten Personen offensteht. Sie hat zum Ziel, Wirtschaftstexte und Konzepte vereinfachend darzustellen, sowie die Kirchen und Politiker für diese Fragen zu sensibilisieren. Unsere Treffen sind um drei Achsen angeordnet: geistlich (Beziehung zwischen Wirtschaftsfragen und der geistlichen Dimension), theoretisch (Freilegung der theoretischen Ausgangspunkte des neoliberalen Wirtschaftssystems), praktisch (Organisation von Aktionen, Lancierung von Petitionen usw.).



## Einführung

Jetzt aber gehe ich zu dir; und dies rede ich in der Welt, damit sie in sich meine Freude vollkommen haben. Ich habe ihnen dein Wort gegeben, und die Welt hat sie gehasst, weil sie nicht aus der Welt sind, wie ich nicht aus der Welt bin. Ich bitte nicht, du wollest sie aus der Welt wegnehmen, sondern du wollest sie vor dem Bösen bewahren. Sie sind nicht aus der Welt, wie ich nicht aus der Welt bin. Heilige sie in der Wahrheit; dein Wort ist Wahrheit! Johannes 17,13-17

« In der Welt, aber nicht von dieser Welt »: Der Auftrag, den Jesus seinen Jüngern kurz vor seinem Abschied gab, behält zweitausend Jahre später seine volle Aktualität. Inwiefern hat diese Kurzformel für uns noch Bedeutung? Sie ist äusserst dehnbar und lässt den verschiedenen christlichen politischen und wirtschaftlichen Bewegungen einen weiten Auslegungsspielraum, um ihre unterschiedlichen Anschauungen unterzubringen.

Drogenkonsum, Sexualität, Verlust der Familie; besonders in evangelikalen Kreisen dienen diese Verse einer moralischen Auslegung, wobei der Bereich der Wirtschaft oft ausgeklammert wird. Gewiss, Einzelmoral und Wirtschaft schliessen sich gegenseitig nicht aus, doch sind wir der Überzeugung, dass die Moral des Einzelnen nur einen kleinen Teil dieses Auftrags abdeckt, Jesus sich aber auch um politische und wirtschaftliche Fragen kümmerte. Darauf weisen die zahlreichen Abschnitte in den Evangelien hin, die dem Thema der Armut gewidmet sind.

Wir in der Wirtschaftsgruppe von ChristNet interessieren uns für wirtschaftliche Fragen und setzen uns damit auseinander. Wir sehnen uns nach sozialer Gerechtigkeit und sind über die wachsenden Ungleichheiten in der Welt – natürlich zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb der westlichen Gesellschaften – entrüstet. Wir glauben, dass wir nicht untätig vor dem Bildschirm unseres Privatlebens sitzen bleiben können und dürfen. Als Christinnen und Christen sind wir

aufgerufen, uns in diesem Bereich zu engagieren und diesen Raum zum Denken und Handeln nicht unbesetzt zu lassen.

Natürlich bleiben bei einem Engagement im Bereich der Wirtschaft Schwierigkeiten nicht aus. Angesichts des Ausmasses der Ungerechtigkeiten und der anstehenden Kämpfe ist das Risiko, sich entmutigen zu lassen und aufzugeben, durchaus real. Auch ein massloser Aktivismus kann jeden von uns in die Erschöpfung treiben. Tatenlosigkeit und Hyperaktivismus sind also die zwei Hauptgefahren eines solchen Engagements. Darum müssen wir uns daran erinnern, dass wir in diesem Kampf nicht allein sind; wir machen uns dies denn auch in jeder Sitzung unserer Wirtschaftsgruppe bewusst. Jesus geht uns auf diesem langen Weg voran; auch wenn wir für unser Handeln verantwortlich sind und unseren Nächsten hier und anderswo Solidarität schulden, so soll doch die Last der Welt nicht auf unseren Schultern bleiben, weil Jesus sie ja trägt.

Die ersten Jahre der Wirtschaftsgruppe waren erfüllt mit Diskussionen, Texten, einem Forum, Petitionen, anti-neoliberalen Demonstrationen usw. So ist es unser Anliegen, eine « Momentaufnahme » der bisher geleisteten Arbeiten zu machen und die erstellten Texte zu sichten und zu veröffentlichen. Da die Texte über die letzten drei Jahre entstanden sind, sind jüngere Entwicklungen u. U. nicht voll berücksichtigt. Das Ziel dieser Publikation ist es, die Gedanken, die an unseren Sitzungen geäussert wurden, vorzustellen, aber auch und vor allem den Lesern Anregungen zu geben und sie zum Reagieren zu bringen.

Da niemand in unserer Gruppe Wirtschaftsspezialist ist, entschieden wir uns, mit den wirtschaftlichen Grundlagen anzufangen, um verstehen zu lernen, wie die verschiedenen Wirtschaftstheorien aufgebaut sind und funktionieren. Daraus haben sich zahlreiche Gespräche und Auseinandersetzungen ergeben.

Diese Publikation besteht aus drei Teilen. Das erste Kapitel umfasst eine auf Theorie und Praxis beruhende Kritik des (neo)liberalen Wirtschaftsmodells. Das zweite Kapitel stellt eine Fallstudie dar: Alle Texte behandeln die Liberalisierung des Trinkwassers und deren wirtschaftliche, soziale und politische Folgen. Im dritten Kapitel wird in

drei Texten der Versuch angestellt, dem dominierenden Wirtschaftssystem unserer Länder Alternativen gegenüber zu stellen.



## **ERSTES KAPITEL :**

**Kritik des neoliberalen Wirtschaftssystems und  
der daraus abgeleiteten Art der Globalisierung**





# Das liberale Menschenbild: eine biblische Kritik

THOMAS TICHY

Die liberale Wirtschaftstheorie bestimmt heute die Beschreibungsversuche des menschlichen Wirtschaftsverhaltens und dient sehr oft als Referenz für die Sozial- und Wirtschaftspolitik. Dabei widerspricht diese allgemein anerkannte Theorie in verschiedener Hinsicht dem Menschenbild, das die Bibel zeichnet. Diese Widersprüche müssen aufgedeckt werden, damit wir sehen können, dass die Bibel den Menschen viel realistischer beschreibt, als diese Ideologie, die den Blick auf unser Sündersein, auf Gottes Souveränität und das Wirken des Heiligen Geistes im Leben des Christen versperrt.

Mit diesem Text möchte ich erklären, wie die liberalen Theorien den Menschen beschreiben. Gleichzeitig untersuche ich die Sicht der Bibel und vergleiche die beiden Ansätze miteinander.

## Der rationale und gewinnorientierte Mensch

Die liberalen Denker beschreiben den Menschen als Wesen, das rational handelt und auf dem Markt immer auf Gewinnsteigerung aus ist. Er strebt immer grössere Effizienz an, um das Verhältnis zwischen Aufwand<sup>1</sup> und Ertrag<sup>2</sup> ständig zu verbessern. Sein Verhalten beruht demnach nicht auf vorgefassten Werten, sondern passt sich von Fall zu Fall den Mitteln an, die den grössten Ertrag versprechen.

Diesem Postulat des rationalen Menschen steht entgegen, dass das Verhalten der wirtschaftlichen Akteure auch durch andere Faktoren beeinflusst wird: soziokulturelle Werte, persönlicher Geschmack usw. Auch die Bibel äussert sich detaillierter zum Thema: Sie sieht im Menschen ein komplexeres Wesen als einen simplen und immer

---

<sup>1</sup> ...oder erwartete Kosten...

<sup>2</sup> ...oder erstrebtem Gewinn...

konsequenten homo oeconomicus. Der Mensch ist sündig und vereint zwei gegensätzliche Willensausprägungen, wie das platonische Gleichnis des Pferdegespanns veranschaulicht: Mal will er das Gute tun, mal das Böse. Die Bibel nennt das den Kampf zwischen Fleisch und Geist. Der Mensch soll gegen das Fleisch kämpfen und es täglich ans Kreuz tragen; er soll seine Fehler einsehen und Busse tun. Diese Haltung ist dem neoliberalen Menschenbild völlig fremd. Anders gesagt: Wir sind berufen, vorsichtig und selbstkritisch zu bleiben. Für uns Christen, die vom Heiligen Geist erneuert sind<sup>3</sup>, sollten geistliche Anliegen vor dem fleischlichen Materialismus Vorrang haben. Darum ist das liberale Menschenbild vereinfachend, monokausal oder gar utopisch, da es die Funktionsstörungen und Fehlverhalten des Menschen nicht in Betracht zieht.

Gleichzeitig widerspiegelt es eine zu pessimistische Sicht des Menschen, der sich vom Gewinn treiben lasse, ohne sich um andere Fragen zu kümmern. Gewiss ist der Mensch Sünder und egoistisch, doch hindert ihn das keineswegs daran, sich für soziale Hilfswerke zu engagieren, Mönch zu werden oder eine nichtgewinnorientierte Tätigkeit anzunehmen (Krankenpflege, Sozialarbeit, Pfarramt, Gewerkschaft usw.). Noch gefährlicher ist der Ansatz von Friedmann, der behauptet, die Gewinnsteigerung sei ein moralischer Wert für sich. Dies zeigt, dass die Theorie des Neoliberalismus' über ihren Anspruch als Wissenschaft hinausgeht, denn wir treten hier in den Bereich der Ethik und Theologie ein. Sollte dieser Ansatz auf andere Bereiche ausgedehnt werden, könnten seine totalitären Ansprüche nicht weiter verborgen werden. Die Frage stellt sich dabei, wie ein solches Ideal in den öffentlichen Diensten umgesetzt werden kann. Wer wünscht sich denn einen Staat, in dem die Beamten lieber der Steigerung ihres Gewinns nachgehen, als dass sie das Gesetz anwenden?

Weitere Punkte kommen hinzu: Erstens beinhaltet der Gewinn zwei verschiedene Konzepte: Er kann einerseits einfach das sein, was übrigbleibt, wenn man den Verlust vom Ertrag abzieht. Er kann sich aber auch auf den Mehrgewinn beziehen, der sich aus dem Vergleich des Gewinns eines Wirtschaftssubjekts mit dem relativ

---

<sup>3</sup> von neuem geboren: Titus 3,5-7.

kleineren Gewinn der übrigen Marktteilnehmer ergibt. Man spricht beispielsweise von Mehrgewinn, wenn ein Unternehmen mehr als 20% Gewinn erzielt, während sich der marktübliche Gewinn auf unter 10% beläuft.

Zweitens war während der Industrialisierung die Gewinnsteigerung nicht immer das einzige Ziel der Unternehmer. Oft wurden die Gewinne zu ideologischen und politischen Zwecken verwendet. So hat der Erfolg insbesondere Henry Ford und Frederick Winslow Taylor dazu gebracht, sich besser um ihre Mitarbeiter zu kümmern und ihnen Weiterbildung, Wohnraum und « Erziehung zu guten Sitten »<sup>4</sup> anzubieten. Oft widersprachen diese von nicht-geldlichen Zielen motivierten Massnahmen dem Gedanken der Gewinnsteigerung diametral. Übrigens beinhaltet diese Haltung das Konzept der Langfristigkeit in der Unternehmensführung.

Das Wirtschaftssubjekt versucht also nicht nur, seinen Gewinn zu steigern, sondern orientiert sich auch an seinen Werten und Ideologien. Dadurch wird die Fragestellung eindeutig auf die ethische und geistliche Ebene ausgedehnt. Dies gilt insbesondere für die Frage der Langfristigkeit und der Stabilität im Wirtschaftsbereich. Der christliche Mensch sollte darum geistliche und humanistische Werte vor materialistische und egoistische Überlegungen stellen. Er sollte sich vom Heiligen Geist leiten lassen und nicht von seinen materiellen Bedürfnissen und das Geldausgeben zur ethischen Frage machen.

## **Der selbständige und autonome Mensch**

Eine zweite Behauptung der liberalen Theorie lautet, der Mensch sei im Umgang mit seiner Existenz unabhängig und auf sich gestellt, er sei von niemand abhängig. Der Gedanke der Autonomie findet sich in der liberalen Definition von Solidarität wieder. Demnach empfängt der bedürftige Mensch seine Hilfe zuerst von der Familie, dann von Bekannten und schliesslich von der Dorfgemeinschaft. Der Staat soll dabei erst als letzte Instanz einspringen. So haben wir es mit einer Gruppe isolierter Einzelpersonen zu tun, deren soziale Bindung sehr schwach ist; als ob diese Bindung

---

<sup>4</sup> Paternalismus.

zweitrangig oder sogar schlecht wäre. Auch wenn diese Sicht von Solidarität auf den ersten Blick durchaus akzeptabel und legitim erscheinen mag, ist die verborgene Botschaft in Tat und Wahrheit die Ablehnung von allem, was kollektiv ist, wie z.B. dem Gemeinwohl oder dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Warum sonst sollte die Definition der Gesellschaft ausschliesslich beim Einzelnen ansetzen? Ist es tatsächlich möglich, eine Gesellschaft zu bauen, indem Individuen mit begrenzten und zufälligen Beziehungen angehäuft werden? Wo bleiben da die augenfälligen kollektiven Phänomene (Mode, Schaffung einer kollektiven Identität, in der sich das Ich über das Wir definiert usw.)? Diese Sicht verrät die Illusion, wonach sich jeder Mensch selber genügt, ohne auf Gott angewiesen zu sein. Das erinnert an Nietzsches Utopie des stolzen « Übermenschen », der sich jeglicher « moralischer Fessel » entledigt hat.

Dem gegenüber stellt die Bibel den Menschen in ein kollektives Umfeld, auch wenn sie den persönlichen Aspekt des Einzelnen<sup>5</sup> respektiert und sogar verteidigt. Der Mensch lebt vor allem in der Beziehung zu Gott<sup>6</sup> und den Menschen. So ist der Christ berufen, in der Kirche<sup>7</sup>, dem Leib Christi, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Die Kirche ist dabei nicht uniform, sondern durch die Bindung der Liebe und Solidarität zusammenhängend und geeint<sup>8</sup>. Gott hat demnach den Menschen nicht geschaffen, damit er allein und isoliert sei (und um diesen Zustand zu verherrlichen), sondern im Gegenteil, damit er mit Gott und den Menschen Beziehung pflege. Das atomistische Weltbild<sup>9</sup> der Liberalen entspricht also weder der gesellschaftlichen Wirklichkeit noch dem biblischen Weltbild.

---

<sup>5</sup> So beruft uns Jesus, eine persönliche Beziehung mit Gott zu unterhalten. Matthäus 6,5-6.

<sup>6</sup> Leider beeinträchtigt die Sünde diese Beziehung. Bezug herstellen zum Konzept des Bundes im Alten und Neuen Testament.

<sup>7</sup> Die Rede ist hier nicht von der Kirche als Institution oder Organisation, sondern von der « weltweiten Kirche », d.h. der Christen, die frei sind, sich zu organisieren wie sie wollen, mit oder ohne Hierarchie.

<sup>8</sup> Wenn ein Glied leidet... (1. Korinther 12) Wir können nicht über Solidarität sprechen, ohne die Solidarität der Urkirche zu erwähnen, in der die Güter zusammengelegt wurden. Dies hat keinen zwingenden Charakter, sondern zeigt beispielhaft, dass sich der Mensch andere Verhalten haben kann als den Egoismus, den der Neoliberalismus nahe legt.

<sup>9</sup> In diesem Zusammenhang werden mir gewisse Liberale dankbar sein, dass ich nicht Tocqueville erwähnt habe. Dieser Autor beschreibt die amerikanische Gesellschaft und weist auf die wichtige Rolle hin, die die Bürgervereinigungen dort am Anfang des 19. Jahrhunderts gespielt haben. Dem ist

## Der Mensch als Zentrum der Welt

Weiterhin behaupten die Liberalen, der Mensch stehe im Zentrum der Welt und beherrsche die Schöpfung souverän. Sein Verhalten unterstehe seinem freien und unabhängigen Willen. Gewiss hat Gott dem Menschen bei der Schöpfung aufgetragen, den Tieren im Garten Eden einen Namen zu geben<sup>10</sup> und über sie zu herrschen<sup>11</sup>. Doch diese Herrschaft entspricht nicht automatisch einer Menschenzentriertheit, denn die Bibel verlangt gleichzeitig Verantwortung gegenüber Gott. Die Menschenzentriertheit des Liberalismus vernachlässigt die Sünde des Menschen. Die Bibel sagt klar, dass auch der Mensch geistlichen<sup>12</sup>, moralischen und physikalischen Realitäten und Grenzen unterworfen ist. Die Anerkennung dieser Grenzen seiner Bewegungsfreiheit sollte ihn demütig machen, gerade im Umgang mit der Schöpfung.

Im Gegensatz zur liberalen Behauptung steht der Mensch also nicht im Zentrum der Schöpfung. Er leidet an seiner sündigen Natur, er lebt in der Abhängigkeit von seiner Umwelt und seinen Mitmenschen. Das Postulat der Menschenzentriertheit erscheint zwar in mancher Hinsicht optimistisch, es scheint die Würde des Einzelnen zu fördern, gleichzeitig widerspiegelt es aber den Stolz des Menschen seiner Umwelt gegenüber. Die Bibel erinnert uns daran, dass Hochmut oft vor dem Fall kommt.<sup>13</sup>

---

entgegen zu halten, dass nicht alle Liberalen Schüler von Tocqueville sind und dass die Bürgervereinigungen (Bürgerbewegung) doch immer im übermächtigen Schatten des Einzelnen stehen. Es gibt keine Garantie dafür, dass der Einzelne den Entschluss fasst, auf die Anderen zuzugehen und sich mit ihnen zusammen zu schliessen. Im Gegenteil kann er sich ohne Weiteres für ein einsames und zurückgezogenes Leben entscheiden, da das Grundpostulat, dass er frei ist, weiterhin gilt..

<sup>10</sup> 1. Mose 2,19-20. Römer 7,14-19.

<sup>11</sup> 1. Mose 1,26.28-30.

<sup>12</sup> Galater 5,17.

<sup>13</sup> Sprüche 16,18.

## Der eigenverantwortliche Mensch

Schliesslich wird behauptet, der Mensch sei durchaus fähig, sich um sich selber zu kümmern. Dieses Postulat der Eigenverantwortung wird oft benutzt, um staatliche Sozialleistungen zu kürzen, weil sie, so die Argumentation, unnütz seien und den Bezüger vom Staat abhängig machten. Hinter diesem Gedanken finden wir wieder das Bild des selbständigen und idealen Menschen. Dabei sagt die Bibel ganz klar, dass wir unserer sündigen Natur<sup>14</sup> unterworfen sind, die uns zu verantwortungslosem Verhalten treibt: Autofahren unter Alkoholeinfluss oder Rauchen trotz Krebsrisiko. Welch schöne Beispiele von Eigenverantwortung! Um dieser Natur zu widerstehen sind wir auf die Erneuerung durch den Heiligen Geist angewiesen.

Ausserdem ist das Konzept der Eigenverantwortung zu kritisieren, weil es zu verstehen gibt, dass es überflüssig ist, dem Nächsten zu helfen - oder sich helfen zu lassen. Ein schwerer Schlag für die Solidarität. Und das obwohl das Neue Testament vom Amt der Diakonie spricht, womit unter anderem die Sorge für die Schwächsten der Gesellschaft, wie z.B. Kranke, Witwen und Waisen, gemeint ist. Mit dem neoliberalen Bild wird uns ein Mensch angepriesen, der wild ist und kurzfristig und fatalistisch denkt, da ja die Marktmechanismen ohnehin die Wirtschaft bestimmen... Dabei geht vergessen, dass ja auch der Wirtschaftslauf immer von menschlichen Entscheiden bestimmt wird, sei das auf Gesetzes-, geldpolitischer oder Unternehmensebene.

Wenn wir in unseren Betrachtungen noch etwas weiter gehen, fällt auf, dass das liberale Menschenbild so etwas wie ein « inneres Loch » voraussetzt. Der Mensch ist ja so frei, er trägt in sich eine « heilige Kammer », auf die die Gemeinschaft, das kulturelle Umfeld und andere Instanzen keinen Zugriff haben. Da dies als normal und rechtmässig angesehen wird, kann fast Alles aus dieser « Black Box » kommen. Dies kann äusserst gefährlich sein, da hier keine moralischen Massstäbe gelten. Natürlich widerspricht das jeglicher Wirklichkeit, hat doch jeder Mensch seine eigene Geschichte und Persönlichkeit und ist von seinem Umfeld geprägt. Eine andere

---

<sup>14</sup> Römer 7,14-19.

Gefahr dieses Menschenbildes liegt darin, dass die Menschen sehr uniform beschrieben werden. Das weckt Erinnerungen an totalitäre Regimes wie unter Stalin oder Hitler, wo der Einzelne ohne Unterschied in einer rassistischen oder klassenbedingten Masse aufging. Beim Liberalismus geht er eher im Markt auf, auf dem er mit gleicher Vernunft, gleicher Autonomie, gleicher Eigenverantwortung usw. tätig ist.

In der Bibel lesen wir aber, dass der Mensch nicht leer und uniform geschaffen ist. Gott unterhält mit jedem von ihm geschaffenen Menschen eine ganz besondere Beziehung, da jeder Mensch einzigartig ist. Gleichzeitig ist Gott immer um Gerechtigkeit und Gleichbehandlung besorgt, denn «Gott schaut nicht die Person an»<sup>15</sup>. Die biblische Sicht übertrifft demnach die liberale Theorie an Komplexität, und das trotz der angeblichen Wissenschaftlichkeit des Liberalismus'. Der Mensch der Bibel kommt der alltäglichen Wirklichkeit viel näher, da die Bibel mit allen Aspekten des menschlichen Weltbildes und Verhaltens, aber auch mit seiner Verstiegenheit und Widersprüchlichkeit rechnet.

---

<sup>15</sup> z.B. Kolosser 3,25.

# Globalisierung

MARKUS MEURY

In diesem Text soll aufgezeigt werden, was Globalisierung ist und wie sie funktioniert. Wir beschränken uns auf die wirtschaftliche Globalisierung, weil diese am ehesten beeinflussbar ist. Die wichtigsten Akteure (IWF, Weltbank, WTO, etc.) werden vorgestellt. Wir möchten auch zeigen, inwiefern diese Institutionen als Interessenvertreter der globalen Wirtschaftskonzerne und der reichen Länder Zwang auf die Länder des Südens ausüben und die Armen in noch grössere Not treiben.

Decken wir die Rechtfertigungsideologien auf, die unsere eigenen Interessen als die Interessen auch der Armen sehen möchten. Eine Veränderung der Herzenshaltung der reichen Länder und Konzerne tut Not. Stellen wir unsere eigenen Interessen endlich hinter den Überlebenskampf der Armen . Ändern wir die Spielregeln, indem wir unsere Macht nicht ausnützen. Jetzt ist die Zeit, sich einzusetzen.

## Was ist Globalisierung?

Unter Globalisierung kann allgemein die immer stärkere Interaktion aller Teile der Welt verstanden werden. Dies betrifft viele verschiedene Bereiche:

- ?? vermehrte Reisen, vor allem aus den Industrieländern in andere Teile der Welt
- ?? zunehmende Fern-Migration.
- ?? zunehmende Kommunikation zwischen den Erdteilen, wobei diese durch das Internet einen starken Schub erhalten hat.
- ?? Handel und Finanzmärkte: zunehmendes Drängen auf neue Märkte (da die Heimmärkte gesättigt sind und das immer stärkere Wachstum von Unternehmen ihnen eine vermehrte Expansion ins Ausland erlaubt).
- ?? Abbau der Zollschraken. In Zukunft auch Abbau von indirekten « Hindernissen » (Normen sowie Subventionen von einheimischen Produzenten).
- ?? Zudem: mit zunehmender Handelsmenge fallen die Transportkosten, was wiederum den Handel verstärkt.



- ?? Kulturelle Angleichung durch all die vorhergehenden Faktoren, vor allem Angleichung aller Länder an die westliche Lebensweise.
- ?? Was uns hier besonders beschäftigt und von kritischer Wichtigkeit ist, ist die wirtschaftliche Globalisierung, und zwar.
- ?? Weil - aufgrund des Einflusses der Wirtschaft auf alle Lebensbereiche - der wirtschaftlichen Globalisierung zentrale Bedeutung zukommt.
- ?? Weil es hier auch um ganze Staatsmodelle, Gesellschaftsmodelle, Menschenbilder und Lebensphilosophien geht (Zum Beispiel in folgenden grundsätzlichen Oppositionen: alles privat <-> alles für alle zugänglich; Chancengleichheit <-> unterschiedliche Lebenschancen; alles kommerziell <-> gewisse Bereiche nicht Business, sondern Kultur; etc.)
- ?? Weil in diesem Bereich Globalisierung nicht einfach geschieht, wie gewisse Politiker glauben machen wollen, sondern aktiv geformt, gefördert oder verhindert werden kann
- ?? Weil in diesem Bereich Globalisierung für das Leben und die Lebenschancen von Milliarden von Menschen direkte Konsequenzen hat!
- ?? Wer stellt nun aber die Regeln dieser Globalisierung auf? Wer steckt dahinter? Wer drängt auf die Liberalisierung des Welthandels? Wir stellen im Folgenden die Hauptakteure vor.

## **Hauptakteure**

### World Trade Organization (WTO)

In der WTO haben zwar alle Länder gleich viele Stimmen, aber die Entwicklungsländer haben nicht genügend Geld, um sich ständige Delegationen zu leisten, und haben damit erstens auf die Ausarbeitung der Abkommen wenig Einfluss, haben sie zu wenig Ressourcen, um sich ein vollständiges Bild zu verschaffen.

In den 30er Jahren hatten alle Länder mit protektionistischen Massnahmen auf die weltweite Wirtschaftskrise reagiert und die Krise damit verschlimmert. 1947

beschlossen die Industrieländer, die Zölle seien deshalb generell abzubauen und der Freihandel zu fördern. So wurden die GATT-Verhandlungen gestartet (General Agreement on Tariffs and Trade). Von damals im Schnitt 45 % sind die Zölle inzwischen auf 3% gesunken.

An der sogenannten Uruguay-Runde, die bis 1995 dauerte, wurden zum ersten Mal auch neue Themen diskutiert, so z.B. der Schutz des geistigen Eigentums, der Abbau von handelsbehindernden Normen (nationale Fabrikationsnormen, aber auch Umwelt- und Gesundheitsnormen!), Erleichterung von Auslandsinvestitionen, Zugang zu öffentlichen Aufträgen und der Abbau von Subventionen auch für Dienstleistungen. Der Handel und das Business sollte keine noch so kleine Einschränkung mehr haben. So konnte Frankreich nur schwer durchsetzen, dass es das Recht hatte, das einheimische Filmschaffen zu subventionieren, weil Film mehr ist als nur Business, wie es amerikanische « Marktkonkurrenten » sehen...

1995 wurde aus dem GATT die WTO, die World Trade Organization. Dem, was in der Uruguay-Runde schon diskutiert, aber meist nicht verwirklicht wurde, sollte diese Organisation mit weiteren Verhandlungsrunden zum Durchbruch verhelfen. Die neuste Runde wurde 1999 in Seattle begonnen, wo sie aber stecken blieb, einerseits wegen Uneinigkeit zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern, andererseits auch behindert durch Massenproteste. Im November 2001, im protestfreien Doha (Katar, deshalb Doha-Runde genannt), wurde ein Grundsatzpapier verabschiedet, das Verhandlungsziele für die nächste Runde festhält. Diese sollte etwa drei Jahre dauern und vor allem Liberalisierungen im Dienstleistungssektor zum Ziel haben, das sogenannte GATS (General Agreement on Trade and Services): So sollen auch öffentliche Dienste wie Schulen und Spitäler ausländischen Investoren offen stehen, und diese dürfen nicht gegenüber einheimischen Anbietern benachteiligt werden. Der Vertrag sieht zwar vor, dass es möglich ist, einzelne Bereiche von der Liberalisierung auszunehmen. Doch der Druck, diese Bereiche ebenfalls zu öffnen, wird bestehen bleiben, so lange in diesen Bereichen ein profitables Geschäft winkt. Vor allem arme Länder des Südens könnten sich diesem Druck nicht lange entziehen. So könnte in Zukunft also, wenn ein

amerikanischer Schulkonzern Schulen billiger betreibt als eine schweizerische kantonale Schulbehörde, der Staat dem amerikanischen Konzern seine Schulen zum Betreiben geben müssen. Je nach Ausgestaltung könnte es soweit kommen, dass der Staat keine eigenen Schulen mehr betreiben darf, weil dies als Subvention gilt und er damit andere Marktteilnehmer benachteiligt. Auch das Schweizer Fernsehen, die SBB, die AHV, etc. dürften nicht mehr in der heutigen Form (also mit staatlichem Schutz und gesetzlichen Solidaritätsbestimmungen) bestehen. Unsere demokratisch gewählten Organe dürften dann auch für öffentliche Güter, die ausländischer Konkurrenz unterliegen könnten, keine Preise mehr festsetzen und auch keine Umweltauflagen machen, denn das wäre Behinderung von ausländischen Mitbietern. Diese GATS-Verträge würden also die Privatisierung des gesamten öffentlichen Sektors bedeuten. Damit würde erstens der Zugang zu genügender öffentlicher Versorgung nur noch für kaufkräftige Schichten gewährleistet, und zweitens wichtige gesellschaftliche Bereiche der demokratischen Kontrolle entzogen.

#### Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF)

Die sogenannten Bretton Woods -Institutionen wurden 1944 von den Westalliierten ins Leben gerufen und sollten den Finanzsektor so gestalten, dass weltweite Krisen wie in den 30er Jahren verhindert werden.

- ?? Die Weltbank sollte günstige Kredite für Wiederaufbau und Entwicklung geben. Sie ist auch die Urheberin des Marshall-Planes für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europas.
- ?? Der IWF sollte vor allem den Notenbanken als Sicherheit zur Verfügung stehen, wenn sie in Not geraten, und den Ländern Überbrückungskredite in Finanzkrisen gewähren können

Die Hauptgeldgeber der beiden Institutionen sind die reichen Länder des Nordens, die sogenannten G10 (die zehn wirtschaftsstärksten Staaten). Sie haben denn auch die meisten Stimmen in den entsprechenden Gremien und beherrschen die Geld- und Wirtschaftspolitik des IWF und der Weltbank. Unter diesen Ländern hat die USA den grössten Einfluss. Ohne ihre Zustimmung kann kein Direktor dieser Institutionen

gewählt werden. Ihre Wirtschafts- (und Gesellschafts-) philosophie beherrscht die Institutionen. In den letzten zwei Jahrzehnten haben der IWF und die Weltbank denn auch denselben Wandel in der Wirtschaftspolitik durchgemacht wie die USA, und zwar zum Neoliberalismus: die Kredite, auch diejenigen für die in Not geratenen und verschuldeten Länder, wurden an Bedingungen geknüpft, die den Umbau der Wirtschaft und des Staates zum neoliberalen System erforderten: Austerität (radikale Kürzungen des Staatsbudgets auf Kosten der Gesundheit und der Bildung), Privatisierung (z.B. der Wasserversorgung), freier Marktzugang für ausländische Unternehmen, etc.

Trotz Protesten in aller Welt waren der IWF und die Weltbank zu keinerlei Änderung ihrer Zwangspolitik bereit. Stanley Fisher, Chef des IWF, meinte einmal einfach « Es gibt nur eine Wirtschaftstheorie », was wir eben bestreiten. Und dies bestreitet auch gerade der ehemalige Chefökonom (1997-2000) der Weltbank, Joseph Stiglitz, in seinem Buch «Die Schatten der Globalisierung ». Er weist nach, dass diejenigen Länder, die während Finanzkrisen dem Zwang des IWF nicht nachgegeben haben, heute wirtschaftlich viel besser dastehen als die anderen (ganz zu schweigen vom sozialen Zustand). Stiglitz zeigt in diesem Buch auch, wie stark der IWF und zum Teil auch die Weltbank von den Interessen der Industriestaaten und der Wirtschaftskonzerne beherrscht werden, und wie Interessen zu Ideologien werden.

Inzwischen hat der IWF immerhin ein spezielles Programm zur Bekämpfung von Armut geschaffen, mit dem unter anderem das Bildungs- und Gesundheitswesen finanziert werden soll (Poverty Reduction Strategy Papers). Gegen Vorlegung eines speziellen, zusammen mit der Zivilgesellschaft erarbeiteten Programms zur Armutsbekämpfung erhalten die entsprechenden Länder besonders günstige Kredite. Allerdings bleiben die oben kritisierten Strukturanpassungszwänge oft Bedingung für diese Kredite. Die eine Hand gibt, die andere nimmt es wieder... Dürfen wir hoffen, dass der IWF und die Weltbank wirklich aus Fehlern lernen? Nur teilweise, denn der Druck der Industrieländer und multinationalen Konzerne auf Zugang zu lukrativen Märkten wird bestehen bleiben.

## OECD

Die westlichen Industrieländer haben sich nach dem 2. Weltkrieg zur OECD zusammengeschlossen. Diese Organisation führt Studien zu Wirtschaftspolitik und Handel zwischen den OECD-Staaten durch und bildet gleichzeitig ein Forum für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. In diesem Rahmen wurde Mitte der 90er Jahre im Geheimen ein Abkommen ausgehandelt, das Staaten verbietet, ausländische Unternehmen auch nur indirekt am Marktzugang zu behindern. Bei diesem « Multilateralen Investitions-Abkommen » (MAI) wären Staaten einer OECD-Wirtschaftsgerichtsbarkeit unterworfen gewesen, die auf Klage von Unternehmen fragliche Gesetze von Staaten hätte aufheben können. Dieses geplante Abkommen hätte zum ersten Mal in der Geschichte nicht nur zum faktischen, sondern auch zum legalen Primat der Wirtschaft gegenüber dem demokratischen Staat geführt. Nachdem NGO's diese Pläne 1997 an die Öffentlichkeit getragen hatten, formierte sich in vielen Ländern Widerstand auf der Strasse, und die Französische Regierung war 1998 nicht mehr bereit, dieses Abkommen weiter mitzutragen, was die Pläne zum Scheitern brachte.

Inzwischen hat eine ähnliche Bestimmung im nordamerikanischen NAFTA-Abkommen (USA, Kanada und Mexiko) aber Aufnahme gefunden, was bereits erste namhafte Konsequenzen hatte: so musste zum Beispiel die Kanadische Regierung das Verbot eines krebserregenden Benzin-Zusatzstoffes zurückziehen, weil der amerikanische Produzent dieses Stoffes auf Benachteiligung klagte. Ein ähnlicher Fall betraf die kalifornische Regierung. Und eine mexikanische Stadt musste die Schliessung einer privaten Giftdeponie, die das Grundwasser verseuchte, auf Klage der ausländischen Besitzerfirma wieder aufheben... Inzwischen sind einige mittelamerikanische Länder einem ähnlichen Vertrag mit den USA beigetreten (Tratado de Libre Comercio, TLC).

## UNO

Hat die UNO hier nichts zu sagen? Je länger je weniger. Diejenigen UNO-Organisationen, die sich mit Wirtschaft und Handel beschäftigen (UNCTAD, BIT, etc.), wurden vor allem von den USA finanziell abgeschnitten. Man muss wissen,

dass in den entsprechenden UNO-Organisationen jedes Land gleich viele Stimmen und damit gleich viel Einfluss hat, dies im Gegensatz zu IWF, Weltbank und WTO, die von den USA und den westlichen Staaten beherrscht werden.

## Theorie und Interessen

Im Zentrum der für den Welthandel angeführten Grundlagen steht die Theorie der komparativen Vorteile. Diese besagt, dass sich Staaten auf die Produktion von Gütern konzentrieren sollen, die sie im Vergleich zu den anderen Staaten im Preis/Leistungsverhältnis am Besten herstellen können. Wenn alle Staaten dies tun und ihre Güter weltweit handeln, dann wird maximale Effizienz und Qualität gewonnen, und die Wirtschaft wächst überall. Die Theorie besticht durch ihre Monokausalität: Sie unterschlägt, dass andere Faktoren viel wichtiger sind, hier konkret, dass « Besser können » meist « tiefere Löhne, Sozialstandards und Steuern » heisst, was die Preise senkt... Weitere theoretische Voraussetzungen für diese Theorie sind in der Realität nicht gegeben. Trotzdem lässt sich nachweisen, dass Freihandel tendenziell für alle beteiligten Länder mehr Wachstum generiert als Protektionismus. Ob dies aber wirklich als positiv zu werten ist, hängt entscheidend von den Rahmenbedingungen ab (siehe dazu auch Stiglitz):

- ?? Wachstum ohne Umverteilung (Steuerpolitik, soziale Sicherheit) und ohne Chancengleichheit (Gratisbildung und Gesundheit für alle) nützt den Armen gar nichts. Dies hat auch eine Weltbankstudie von Lindberg bestätigt.
- ?? Im Gegenteil können Massnahmen, die Wachstum fördern, unter Umständen die Armen dieser Länder in noch viel grössere Not treiben (Austeritätspolitik des Staates, Privatisierung von Wasser, etc.), oder sie gerade von lebenswichtigen Bereichen ausschliessen (z.B. durch Privatisierung des Gesundheits- und des Bildungswesens).
- ?? Die vom IWF aufgezwungenen und auch in der WTO diskutierten Massnahmen und Wirtschaftsregeln haben zur Folge, dass die Bevölkerungen und ihre Regierungen in vielen Bereichen der Wirtschafts- und damit der

Gesellschaftspolitik keinerlei Mitspracherecht mehr haben. Die Unternehmen haben dann Narrenfreiheit und der Mammon die Allmacht.

Weitere Basis ist die neoliberale Wirtschaftstheorie. Diese Theorie hat ihre Wurzeln in einer gesellschaftlichen Weltanschauung, im Liberalismus, dem ein spezifisches Menschenbild zugrunde liegt. Es besagt, dass jedes Individuum alles erreichen kann und dass die Freiheit deshalb unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf. Zudem wird jeder am glücklichsten, wenn jeder frei nur für sich selber schauen muss. Im Gegenteil würde Schutz der Schwachen deren Bevormundung bedeuten und ihre Selbstverantwortung schwächen. Dieses Weltbild ist selbstverständlich angenehm zu glauben und wird deshalb tendenziell auch eher geglaubt als eine Konzeption, die Einschränkung unserer egoistischen Triebe zugunsten des Nächsten verlangt.

Dasselbe Phänomen sehen wir auf wirtschaftlicher Ebene. Auch hier sind die Perspektiven und die Handlungen von Interessen geleitet, man folgt dabei Theorien, die besser passen als andere. Die Staaten, welche die zuvor genannten internationalen Organisationen und den Welthandel beherrschen haben ein Interesse daran, dass sie ihre Produkte in neuen Märkten absetzen können. Sie versuchen, als Interessenvertreter der jeweils einheimischen Wirtschaft möglichst gute Konditionen zu erreichen. Bundesrat Deiss tut auf seinen Auslandsreisen auch nichts anderes. Hinter den Wirtschaftsministern und auch direkt hinter den internationalen Organisationen arbeitet die Lobby der multinationalen Unternehmen, die ebenfalls

versuchen, ihre Interessen geltend zu machen. Sie können dabei enorme Mittel frei machen. Man muss sich vor Augen halten, dass zum Beispiel das Budget von General Motors grösser ist als das Bruttosozialprodukt Dänemarks. Und je freier der Handel und die Verschiebung von Arbeitsplätzen sind, desto mehr haben Staaten ein Interesse, sich die Gunst der Unternehmen zu sichern. Die Multis und auch mittlere Unternehmen vor allem in bestimmten Sektoren haben zudem ein grosses Interesse an der Privatisierung von staatlichen Aufgaben, denn auch dies öffnet neue Märkte.

Insgesamt sehen wir eine Verquickung und Wechselwirkung der Wirkungsfaktoren zwischen strukturell bedingten gesellschaftlichen Wertsystemen, der öffentlichen Meinung, wirtschaftlichen Theorien sowie der Propaganda durch wirtschaftliche Interessen. In diesem Kontext ist das Handeln der Staaten unter Druck der Multis und der Bevölkerung zu sehen.

Je liberalisierter der Handel und die Gesetze, desto mehr werden die Staaten durch die Wirtschaft gegeneinander ausgespielt, denn die Unternehmen suchen sich die Standorte und Investitionsobjekte aus, die am gewinnträchtigsten sind, und dabei sind Faktoren wie tiefe Steuern, tiefe Löhne, tiefer Arbeitnehmerschutz und keine Umweltauflagen leider vorherrschend. Dieses Ausspielen führt zu einer Spirale des Sozialdumpings, wo die Macht der Multis unangetastet ist, dies noch verstärkt durch die Rechtsprimat, die in den neusten Abkommen eingeführt werden sollen. Zudem muss vor Augen geführt werden, dass die Kapitalmengen bei internationalen Vermögensverwaltern und Banken explosionsartig zunehmen. Es gibt Vermögensverwalter, deren verwaltetes Kapital inzwischen grösser ist als die meisten Staatsbudgets dieser Welt. Die Ostasiatische Wirtschaftskrise vor wenigen Jahren wurde unter anderem durch den Vermögensverwalter George Soros ausgelöst, der mit seinem verwalteten Geld gegen die thailändische Währung spekulierte. Die Thailändische Nationalbank hatte zu wenig Geld, um dagegen Stand zu halten...

## **Folgen**

### IWF und Weltbank

Die Austeritätspolitik der zwei Institutionen, zur Reduktion der Staatsschulden und zur Ermöglichung der Rückzahlung der Schulden bei den Geberländern, hat für Länder der dritten Welt gravierende Folgen: Einschnitte in die Budgets für Gesundheit bewirken eine Erhöhung der Sterblichkeit und einen verminderten Zugang zur Gesundheit. Die Einschränkung der Subventionen für Grundnahrungsmittel bringt Hunger für weite Teile der Bevölkerung. Einschnitte in



den Bildungsetat bewirkt eine langfristige Schädigung des wirtschaftlichen Fortkommens des Landes und fördert die Errichtung eines dualen Bildungssystemes mit guten Privatschulen für Vermögende und notbehelfsmässigen Grundausbildungsgängen für die ärmere Bevölkerung. Durch die neuen PRSP-Programme wurden diese extremen Folgen nun zum Teil gemildert.

Zwang zur Privatisierung: Um die Schulden bezahlen zu können, werden Länder der dritten Welt gezwungen, wichtige Grundversorgungen zu privatisieren, so zum Beispiel das Wasser. Da es sich jedoch um ein natürliches Monopol handelt, auf das die Konsumenten nicht verzichten können, kann das private Unternehmen die Preise stark erhöhen, ohne die Leistungen zu verbessern. So geschehen in Moçambique, Ruanda, Niger, Honduras, Jemen, Ghana, Argentinien, Bolivien, etc. Vielen armen Menschen wird damit der Zugang zu sauberem Trinkwasser verwehrt, was wiederum zu tausenden von Toten führt und jahrzehntelange Bemühungen von Hilfswerken zerstört. Die Unternehmen schneiden sich manchmal nur die profitträchtigsten Stücke aus der Wasserversorgung, die unrentablen bleiben beim Staat. Manchmal erleben Städte Wasserrevolten, so in Cochabamba (Bolivien), wo das Privatunternehmen das Land wieder verlassen musste. Allerdings fordert das Unternehmen heute auf gerichtlichem Wege die für Bolivien horrenden Summe von 250 Millionen Dollar als Schadenersatz. Auch in den Industriestaaten funktioniert die Privatisierung des Wassers oft nicht: in London erneuert das zuständige Unternehmen nur 1/1000 der Leitungen pro Jahr, und die Stadt New York hat kürzlich die Wasserwerke wieder verstaatlicht. Es ist immer wieder erstaunlich, dass der IWF und die Weltbank immer nur von unbegründeten Ängsten und mangelnder Information der Bevölkerung reden.<sup>16</sup>..

Besser wäre es, wenn den ärmsten Ländern endlich die Schulden erlassen würden,

---

<sup>16</sup> Internetadressen dazu: [www.challengeglobalization.org](http://www.challengeglobalization.org), [www.bicusa.org](http://www.bicusa.org), [www.swisscoalition.ch](http://www.swisscoalition.ch), [www.psir.org](http://www.psir.org)

denn diese wurden oft von Diktatoren angehäuft, wofür die heutige Bevölkerung nichts kann. Zudem fließen heute mehr Schuldzinsen von der 3. in die 1. Welt als Entwicklungshilfe von der 1. in die 3. Welt! Es ist Zeit, dass sich die Christen auch hier für Gerechtigkeit einsetzen und die Toten der verfehlten Weltwirtschaftspolitik zählen und nicht nur die Toten der Abtreibung. In den Bereichen Umwelt, Hunger und Krankheit in der 3. Welt löst der freie Markt keine Probleme, da er sich auf die rentablen Bereiche konzentriert und die Kosten externalisiert.

Was wären nun die Folgen der vollständigen Anwendung von Abkommen wie dem GATS, das in der WTO momentan ausgehandelt wird?

?? In Bereichen, wo kommerzielle Anbieter vorhanden sind, sind keine Subventionen mehr möglich, da dies Marktverzerrend wäre. Betroffen sind zum Beispiel Theater und Filmszene, wie auch die ganze Kultur. Ohne Subvention überlebt nur noch der Business-Anbieter mit Massenunterhaltung.

?? Auch der gesamte öffentliche Sektor müsste langfristig privatisiert werden. Die Chancengleichheit für ärmere Bevölkerungsschichten in lebenswichtigen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Grundversorgung wäre dahin. Die kommerziellen Anbieter können ihre Angebote auf die kaufkräftigsten Schichten ausrichten und brauchen die anderen nicht oder kaum zu berücksichtigen. Dasselbe Schicksal würde die AHV erleben, denn auch hier kann ein privater Altersvorsorge-Fonds sich genauso guten Zugang erklagen.

?? Der Staat, das heisst die demokratisch gewählten Organe hätten nicht einmal mehr das Recht, Preise festzusetzen oder Umweltvorschriften für zu privatisierende Bereiche zu erlassen, denn das könnte von einem Unternehmen, das sich für die Übernahme eines solchen Bereiches bewirbt, als Abschreckung und damit als Behinderung des Zugangs aufgefasst werden. Das WTO-Gericht würde ihm nach § 31 und 32 des WTO-Abkommens Recht geben...

In der Schweiz sind die Konsequenzen der Globalisierung nicht so extrem wie in armen Ländern, wo's ans Lebendige geht. Wenn keine Änderung der Weltwirtschaftspolitik eintritt, vor allem in Bereichen der demokratischen Kontrolle in

wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, im Zugang zu wichtigen Grundbedürfnissen und in Fragen des Eindringens des Nordens in viele gesellschaftliche Bereiche des Südens, müssen wir wohl oder übel mit vermehrten Kriegen rechnen, meist wohl in Form von Bürgerkriegen.

## **Widerstand**

Seit einigen Jahren formiert sich in allen Teilen der Welt immer mehr Widerstand. Zuerst waren es die Bauern, die gegen die Uruguay-Runde des GATT protestierten, danach immer mehr auch viele NGOs und eine neue, junge linke Szene, die aber sehr heterogen zusammengesetzt ist. Leider befinden sich darunter auch gewalttätige anarchistische Chaoten, die den Medien und den rechten Regierungen den Vorwand liefern, der Opposition gegen die Globalisierung die Legitimität abzusprechen und sie zu stigmatisieren. Die ganze Bewegung wird dadurch geschwächt. Wir dürfen uns aber dadurch nicht abschrecken lassen. ChristNet engagiert sich ebenfalls im Rahmen der Bewegung, und verurteilt schärfstens jede Gewalt. Wir wollen dadurch auch bewusst ein Zeichen setzen. An der Demonstration gegen den G8-Gipfel in Evian (2003) hat ChristNet zusammen mit anderen Organisationen einen Friedensdienst eingerichtet, der mit verschiedenen Methoden versuchte, die Gewaltfreiheit der Demo zu wahren. Zu einem grossen Teil (leider nicht ganz) ist dies auch gelungen, ebenfalls an der WEF-Demo in Davos im gleichen Jahr.

## **Was können wir tun?**

Zum Beispiel :

?? Demo in Davos anlässlich des WEF

?? Druck auf unsere Behörden: Briefe an den neuen Wirtschaftsminister Deiss und den Gesamtbundesrat: wir haben ihnen kein Mandat gegeben, die Macht dem Mammon zu überlassen.

- ?? Mitmachen bei Kampagnen von NGOs, so zum Beispiel bei der Erklärung von Bern, der Swisscoalition oder der StopArmut2015-Kampagne des Tear Fund Schweiz ([www.stoparmut2015.ch](http://www.stoparmut2015.ch)).
- ?? Druck auf die Multis zur Einhaltung von Arbeitsgesetzen und Protest gegen ihre ungebührliche Einflussnahme auf WTO, IWF, Weltbank und Regierungen.
- ?? Vom IWF und der Weltbank, aber auch von der WTO Demokratisierung fordern
- ?? Bei Abstimmungen diese Faktoren berücksichtigen und bei Wahlen auf die entsprechende Position der Parteien und Kandidaten achten.

# Globalisierung und Christentum

MARKUS MEURY

Globalisierungskritiker sind nicht einfach Leute, die Angst vor Globalisierung haben. Es geht um nachweisbare Verschiebung der Machtverhältnisse von der demokratischen Kontrolle hin zur Allmacht der multinationalen Unternehmen und um die unstatthafte Durchsetzung der Interessen des Nordens gegenüber den armen Ländern mittels undemokratischer Institutionen. Die Kritiker fordern eine Demokratisierung dieser Institutionen und eine Zurückbindung der vorherrschenden finanziellen Interessen, die sich wirtschaftspolitisch nicht als „für alle gut“ legitimieren lassen.

Die Verflechtungen in der Welt nehmen rapide zu: mit Internet, den Reisen und Wanderungsbewegungen. Was die grössten Diskussionen auslöst, das sind die wirtschaftlichen Spielregeln der Globalisierung. Mit der Liberalisierung des Freihandels und der Finanzflüsse, die die Welthandelsorganisation (WTO) beschliesst, werden ganze Gesellschaften umgebaut. Die Weltbank und der internationale Währungsfonds (IWF) setzen die Politik der radikalen Liberalisierungen bei verschuldeten Ländern des Südens unter Zwang um. In all diesen Organisationen haben die Industrieländer und ihre Konzerne das Sagen und handeln oft nach ihren eigenen Interessen. Sie glauben dabei, dass ihre Interessen auch diejenigen aller Menschen sind. Dabei hat der ehemalige Weltbank-Chefökonom Joseph Stiglitz bereits nachgewiesen, dass diese radikalen Rezepte die Armen ärmer und die Reichen reicher machen. Welches sind die Werte hinter diesen Rezepten und Spielregeln?

?? Das Menschenbild des Homo oeconomicus: der Mensch ist egoistisch (was die Bibel zwar auch sagt), aber das sei gut so und sollte gefördert werden. Denn wenn alle sich nur zum eigenen Nutzen verhalten, so wächst die Wirtschaft am

stärksten.

- ?? Jeder kann alles selber: es gebe keine Schwächeren, die weniger in Lohn umsetzbare Fähigkeiten haben. Solidarität und Gerechtigkeit würde die Menschen nur faul machen.
- ?? Je freier der Markt, also der Fluss des Geldes, desto besser für alle. Der Begründer dieser Theorie, Adam Smith, sah hier gar die Hand Gottes am Werk. Die heutigen Theoretiker wollen dem Mammon die grösstmögliche Macht geben.

Die Folgen: Abbau jeglicher Solidarität, staatlich wie auch privat. Die Bibel lehrt uns hingegen andere Werte:

- ?? Erstes Gesetz ist die Liebe zu Gott und zu den Nächsten. Egoismus ist das Gegenteil davon und darf nicht noch gefördert werden. Rezepte, die auf dem Egoismus basieren, können kaum von Gott gegeben sein.
- ?? Das Alte wie auch das Neue Testament sind voll von Aufrufen, die Armen und die Schwachen zu schützen. Matthäus 25 lehrt uns gar, dass auch danach gerichtet werden wird. 1. Petrus 4.10 bestätigt, dass die Gaben unterschiedlich verteilt sind und somit logischerweise auch unterschiedlich in Lohn umsetzbar sind. Demzufolge finden wir im Alten Testament auch Gesetze zum sozialen Ausgleich, und im Neuen Testament eine Urchristengemeinde, die alles geteilt hat.
- ?? Die Bibel lehrt uns, dass wir dem Mammon nicht zu viel Macht lassen und ihm nicht nachlaufen sollen. Wir können auch nicht zwei Herren dienen, Gott und Mammon. In der Schweiz opfern wir dem Mammon bereits zahlreiche christliche und moralische Werte, dies im Namen des Wirtschaftswachstums und der Freiheit. Die Milliarden unsauberen Geldes auf Schweizer Banken sind nur ein Ausdruck davon.

Auch wir Christen glauben manchmal an die Werte des Egoismus. Aus unserem Glauben an Jesus müssen auch Werke folgen: Nächstenliebe bedeutet eine Hinwendung zu den Nächsten, ein wirkliches Interesse an ihrem Wohlergehen. Die Umsetzung der biblischen Werte führt auch zu einer « sozialen Bekehrung »

## **Globalisierung : Thesen der Kritiker**

MARKUS MEURY

Die Machtverhältnisse in der WTO sind sehr ungleich. Die Industriestaaten haben viel mehr Geld, um ihre Interessen durchzusetzen, um sich angemessen zu informieren und damit ihren Interessen entsprechend zu entscheiden. Zudem lobbyieren die Multis massiv. Auch bei juristischem Streit bei der Durchsetzung der Verträge haben die ärmeren Länder kaum genügend Ressourcen und Macht, um ihr Recht durchzusetzen.

Obwohl der UNO-Entwicklungsrapport 2003 klar aufzeigt, dass die bisherigen Verträge und Regeln für die Entwicklungsländer zum Nachteil geworden sind, machen die Industrieländer massiv Druck, um Verträge zu weiteren Liberalisierungen des Handels abzuschliessen. Mit dem aktuell verhandelten GATS-Vertrag soll ein möglichst grosser Teil der Dienstleistungsbranche für ausländische Investoren zugänglich gemacht werden. Durch die damit einhergehenden Privatisierungen im öffentlichen Sektor würden aber ganze Gesellschaften umgebaut und ungleiche Zugänge für arm und reich geschaffen. Ausserdem würden noch mehr wichtige gesellschaftliche Bereiche der demokratischen Kontrolle entzogen: einzelne Paragraphen des Vertrags würden gar jegliche Regulation (z.B. Umwelt oder Preis) verbieten. Bereits heute verbietet der TRIMS-Vertrag den angeschlossenen Ländern, ausländischen Unternehmen vorzuschreiben, lokale Lieferanten und Arbeitskräfte zu favorisieren, was für die Entwicklung völlig kontraproduktiv ist.

Natürlich haben die Länder die Möglichkeit, einzelne Bereiche vom Freihandel auszuschliessen. Aber der Druck der reichen auf die armen Länder ist enorm. Die Industrieländer nannten die aktuelle Verhandlungsrunde eine « Entwicklungsrunde » obwohl genau sie es waren, die gegen den Willen der Entwicklungsländer diese Verhandlungsrunde ansetzten und immer nur die Interessen der Multis verteidigten.

Zudem wollten sie eine Neuauflage des MAI durchsetzen. Dieser Investitionsschutz-Vertrag hätte den Multis weitgehende Rechte gegenüber den Regierungen gegeben. Darauf haben sich die Entwicklungsländer im September 2003 in Cancùn zum ersten Mal zusammenschlossen und die Verhandlungen abgebrochen.

Je liberalisierter der Handel, desto mehr werden die Staaten durch die Wirtschaft gegeneinander ausgespielt, denn die Unternehmen suchen sich die Standorte aus, die am gewinnträchtigsten sind, und dabei spielen Faktoren wie tiefe Steuern, tiefe Löhne, tiefer Arbeitnehmerschutz und keine Umweltauflagen eine grosse Rolle. Dieses Ausspielen führt zu einer Spirale des Sozialdumpings, wo die Macht der Multis unangetastet ist, dies noch verstärkt durch die Rechtsprimat, die in den neusten Abkommen eingeführt werden sollen. Die Macht des Geldes und der Multis gegenüber den Bevölkerungen nimmt damit ungeheuer zu. Die Demokratie wird ausgehebelt.

Weder die Bevölkerungen der Industrieländer noch diejenigen der Entwicklungsländer haben jemals ein Mandat gegeben, über solche Totalliberalisierungen zu verhandeln... Die Verhandlungen werden so geheim geführt, dass selbst den Schweizer Parlamentariern die Information über die Verhandlungspositionen der Schweizer Delegation verwehrt wird.

### **Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF)**

Die Weltbank betreibt Aufbauhilfe in der Dritten Welt, der IWF springt ein, wenn Länder in finanzielle Schwierigkeiten geraten (vor allem dann, wenn sie ihre Schulden nicht mehr bezahlen können, wegen Verschuldung oder in Wirtschaftskrisen). Oft wurden Schulden von Diktatoren aufgehäuft (auch zur Stützung während des Kalten Krieges), nun soll das Volk bezahlen. Meist sind die Schulden auch schon längst abgezahlt, weil die Gläubiger oft Wucherzinsen fordern! Heute fließen mehr



## Schuldzinsen von der dritten zur ersten Welt als Entwicklungshilfe umgekehrt...

Der IWF stand in den letzten Jahren immer mehr in der Kritik, da er nur Hilfe leistete, wenn ein Land extreme wirtschafts- und gesellschaftspolitische Forderungen erfüllte. Vieles davon ist nachzulesen im Buch von Joseph Stiglitz (von 1997 bis 2000 Chefökonom der Weltbank) « Die Schatten der Globalisierung ».<sup>17</sup>

Austeritätspolitik: Einschränkung der öffentlichen Gesundheitsverordnung, der Bildung (Einführung von Schulgeld, Entlassung von Lehrern), etc.. Abgesehen von der brutalen Härte sind diese Massnahmen völlig kontraproduktiv, da dadurch eine Einschränkung der Nachfrageseite der Wirtschaft entsteht und damit die Krise noch tiefer wird .... Privatisierung der Staatsbetriebe bis hin zur öffentlichen Versorgung, zur Schuld-Abzahlung und auch weil der IWF glaubt, dass damit die Wirtschaft produktiver sei. Öffnung des Kapitalmarktes für ausländisches Kapital, völlig ohne flankierende Regelungen. Damit ist viel Spekulationsgeld in die Länder geflossen, beim ersten Windchen floss es wieder weg. Der wirtschaftliche Zusammenbruch in Ostasien 1997 hat hier seine Ursache.

Die Gelder des IWF zur Stützung der Wirtschaft hatten meist nur die Wirkung, dass die Währung kurzfristig auf zu hohem Niveau gehalten wurde und damit die Gläubiger ihre Gelder zu einem besseren Kurs wieder abziehen konnten. Mit dem Stützungsgeld des IWF werden in der Regel vor allem die Schulden an die Gläubiger zurückbezahlt, die dann fein raus sind. Hingegen hat das Land danach noch höhere Schulden als vorher, diesmal aber beim IWF. Der IWF handelt heute nicht mehr zur Krisenhilfe für die Länder, sondern vor allem zur Durchsetzung der Interessen der Gläubiger und Investoren, das heisst der westlichen Banken und der multinationalen

---

<sup>17</sup> Siehe auch entsprechender Artikel auf [www.christnet.ch](http://www.christnet.ch) Beispiele aus « Die Schatten der Globalisierung » (Joseph Stiglitz)

Unternehmungen. Die Priorität des IWF heisst "Vertrauen der Investoren" in ein Land, das heisst ein strikte ausgeglichenes Budget, eine extrem investorenfreundliche Gesetzgebung und auch vor allem Inflationsbekämpfung über alles, da Inflation das Geld der Besitzenden vermindert. Dies hat dazu geführt, dass die Krisen in Ostasien 1997/98 und dann in Russland 1998 damit zum Teil durch den IWF mitverursacht, aber vor allem durch die Interventionen des IWF vertieft und verlängert worden sind.

Stiglitz vergleicht dann auch das Wirtschaftswachstum der Länder, die sich den Zwängen des IWF gefügt haben (Russland, Thailand, Indonesien, etc.) mit dem Wachstum derjenigen, die einen eigenen Weg gegangen sind (China, Malaysia, Südkorea) und stellt fest, dass die letzteren schlussendlich viel besser dastehen. Hier ist auch die WTO in der Kritik: Eine wirtschaftliche Öffnung sollte nur langsam durchgeführt werden, damit sich die einheimische Wirtschaft auf die Konkurrenz einstellen kann. Das ostasiatische Wirtschaftswunder war darauf zurückzuführen. Es gilt anzumerken, dass Stiglitz grundsätzlich für Handel und Öffnung eintritt.

Im Zentrum der Kritik steht der Zwang zu sofortiger vollständiger Öffnung aller Märkte ohne regulierende Rahmenbedingungen. Der IWF glaube blind an den Markt, dass alles sich von selber ergebe. Dabei hat der Staat eine wichtige regulatorische Funktion (auf dem Kapitalmarkt, beim Aufbau des Rechtswesens und der Eigentumsrechte) und auch eine Aufgabe beim Auffangen von Härten, die sich durch Veränderungen ergeben. Viele IWF-Massnahmen wie die Privatisierung des Wassers, die Streichung der Subventionen von Grundnahrungsmitteln oder die Massenentlassungen bei der Schliessung von Firmen in den noch zusätzlich verschärften Krise haben zu sozialen Erschütterungen geführt. Der IWF meint dazu nur, das seien Härten, wo die Leute halt durchmüssen...

Eine Weltbankstudie von Lindbergh, die lange unter Verschluss gehalten worden ist, zeigt, dass Wachstum ohne Verteilungsmechanismen nutzlos ist: Arme profitieren nicht davon. Aber der IWF sei derart ideologisch gegen Staat eingestellt, dass

staatliche Regulationen tabu sind. Privatisierungen werden auch wegen des Interesses der Multis auf neue Märkte durchgeführt: selbst dort, wo kein Wettbewerb möglich ist, wie beim Wasser.

So werden Wirtschaft und Gesellschaft von vielen Ländern unter Zwang der Schulden zum neoliberalen Modell umgebaut: Privatisierung der öffentlichen Dienste und damit Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser etc. nur noch für die, die genügend Geld haben. Liberalisierung der Arbeitsgesetze, der Löhne etc.: freie Bahn für die Stärksten. Steuersenkungen für Reiche und Konzerne. Stieglitz meint, wir hätten aktuell eine globale Politikgestaltung ohne globale Regierung, eine Diktatur der internationalen Finanzmärkte.

### **Wasser - Durchsetzung der Konzerne und katastrophale Folgen**

Die Wirtschaftstheorie sagt eigentlich: wo Konkurrenz herrscht, da sinken die Preise und da gibt's Innovation, da sich die Konkurrenten anstrengen. Wasser ist hingegen ein natürliches Monopol. Konkurrenz im Wasserleitungsnetz ist unmöglich. Und da niemand auf Wasser verzichten kann, kann ein Anbieter eines privaten Monopols soviel verlangen, wie er will, im Gegensatz zur staatlichen Versorgung, die unter öffentlicher Kontrolle steht. In London wurde in den neunziger Jahren die Wasserversorgung privatisiert, was zur Folge hatte, dass der private Betreiber die Preise erhöhte und gleichzeitig nur noch einen Tausendstel des Netzes pro Jahr erneuerte. Er macht heute satte Gewinne auf Kosten der Verbraucher, wird sich irgendwann zurückziehen und die Schäden dann wiederum auf den Staat abwälzen.

Viele der ärmsten Länder der Welt mussten mindestens einen Teil ihres Wassers privaten Investoren überlassen, so auch die Philippinen, Indonesien, Vietnam, Indien, Jemen, Niger, Ghana, Kamerun, Ruanda, Tansania, Kenia, Mosambik, Südafrika, Honduras und Bolivien. Sie sind gefangen in ihren Schulden, die über die Zinszahlungen schon lange mehr als beglichen sind. Doch die Industriestaaten, statt ihnen die Schuld zu erlassen, missbrauchen sie für die Interessen ihrer Multis, zum

Beispiel der Wasserkonzerne (Vivendi, Ondeo (Suez-Lyonnaise), RWE/Thames und SAUR (Bouygues)). In den Industrieländern ist der Preis des Wassers irrelevant, aber in armen Ländern kann es um Leben und Tod gehen. Millionen von Menschen werden damit von der Wasserversorgung ausgeschlossen (weil sie unrentabel sind) oder wegen überhöhten Preisen in die Armut getrieben. Viele verwenden deshalb nicht genug sauberes Wasser oder beschaffen es sich aus unreinen Quellen, was zu einer Zunahme der Todesfälle führt. In Ghana zum Beispiel ist in vielen armen Gemeinden, die den Unterhalt der ihnen vom Staat « überlassenen » Wasserversorgung nicht bezahlen konnten, die Krankheit des Guineawurms wieder aufgetaucht. Auch die Weltbank schreibt, dass jährlich drei Millionen Kinder an Krankheiten sterben, die durch verunreinigtes Wasser verursacht wurden; 80% der Infektionskrankheiten haben ihre Ursache in verunreinigtem Wasser.

Die Frage allgemein erschwinglicher Preise und der Verarmung wegen zu hoher Preise wird von IWF und Weltbank nie gestellt. In den Texten der Weltbank zum Thema Wasser wird einzig darauf hingewiesen, dass man die Leute über den Preis dazu erziehen müsse, kein kostbares Wasser zu verschwenden. In tropischen und regenreichen Ländern eine Absurdität... Der IWF versprach, dass ein privater Investor mehr Geld hätte, Anschlüsse für alle Menschen zu bauen. Inzwischen musste der IWF zugeben, dass dies nicht geklappt hat. Aber er gibt die Schuld den zu tiefen Preisen, weswegen die Investoren zu wenig Gewinne machen, die sie reinvestieren könnten... Wir stellen hingegen fest, dass die Preise heute im Gegenteil bereits so hoch sind, dass viele Menschen sich kein sauberes Wasser mehr leisten können. Wasser ist offensichtlich der Prototyp eines notwendigen Gutes, das nur der Staat bereitstellen kann, weil es für Private nicht rentabel ist, wenn es für alle zugänglich sein soll. Die IWF- und Weltbank-Theoretiker haben dies ignoriert, oder aber sie finden, selbst Wasser müsse nicht für alle zugänglich sein....

Das Wasser ist ein starkes Symbol: Es stellt unsere wichtigste Lebensgrundlage dar. Die Privatisierung der Wasserversorgung führt dazu, dass die westlichen Länder sich die Lebensgrundlage der ärmsten Länder aneignen. Ist das das Endstadium des Imperialismus? Die Länder des Südens werden damit gezwungen, uns ihr eigenes

Wasser für teures Geld abzukaufen.

## **Lösungswege der Kritiker**

- ?? Demokratisierung der Institutionen: Heute werden der IWF und die Weltbank von den Geldgebern beherrscht. Nach Stieglitz ist dabei vor allem das amerikanische Finanzministerium tonangebend, das die Interessen der Wall Street vertritt. Nötig sind demokratische Reformen und Mitsprache der Empfängerländer.
- ?? Transparenz, Zugang zu allen Informationen für alle Interessierten, offene und öffentliche Diskussion der Strategien, Offenlegung der Lobbys.
- ?? Auch bei der WTO mehr Mitspracheressourcen für Entwicklungsländer.
- ?? Keine Ausweitung der Rechte der Multis ohne ausgleichende Pflichten, Kontrolle, zuverlässige demokratisch gewählte Gerichte etc.
- ?? Demokratische Kontrolle über Vertragsabschlüsse und Ausschluss von Regulations-Verboten.
- ?? Aufgabe des TRIMS-Abkommens, Ausschluss der lebenswichtigen Güter vom Freihandel.
- ?? Inhaltlich: Stop Austerität; garantierter Zugang zu Wasser, Gesundheit, Bildung für alle.
- ?? Privatisierung nur im Falle von Beweisen der Sozialverträglichkeit.
- ?? Stärkung der UNO. Diejenigen UNO-Organisationen, die sich mit Wirtschaft und Handel beschäftigen (UNCTAD, BIT, etc.), wurden vor allem von den USA finanziell abgeschnitten, da in den entsprechenden UNO-Organisationen jedes Land gleich viele Stimmen und damit Einfluss hat, dies im Gegensatz zu IWF, Weltbank und WTO, wo die USA und die westlichen Staaten beherrschend sind.
- ?? Bundesrat Deiss ist voll auf IWF-Linie, obwohl die Bevölkerung der Schweiz die neoliberale Politik des IWF niemals befürworten würde. Wir sollten ihn an sein Mandat erinnern!
- ?? Internationaler Druck von unten, auf Institutionen, aber auch auf Firmen!

?? Entwicklung der Zivilgesellschaft.

# Joseph Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung

MARKUS MEURY

Joseph Stiglitz war von 1992 bis 1997 Wirtschaftsberater von Bill Clinton, sodann, von 1997 bis 2000, Direktor der Weltbank. Dieser Wirtschaftswissenschaftler verfügt demnach über eine gute Innenansicht der Finanzwelt. In seinem Buch «Die Schatten der Globalisierung» legt er sorgfältig dar, wie die Weltbank (WB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) funktionieren. Er analysiert deren Politik und geht vertieft auf die Wirtschaftskrisen in Asien (1997) und Russland (1998) ein. Er stellt fest, dass insbesondere der IWF ausschliesslich die Forderungen und Interessen der multinationalen Investoren durchsetzt. Es bestehe somit eine Art Diktatur der internationalen Finanzmärkte, deren primäre Opfer die Krisenländer seien. Tatsächlich werden diese Länder durch die vom IWF auferlegten, neoliberalen Strukturen immer tiefer in die Krise gestürzt, auch im sozialen Bereich... Auf Grund eines Vergleichs zwischen Ländern, die die Rezepte jener Institution umgesetzt, und solchen, die sich ihnen widersetzt haben, stellt Stiglitz fest, dass es letzteren erheblich besser geht, und zwar auf allen Ebenen. Auch wenn Stiglitz nach wie vor dem Welthandel wohl gesonnen ist, erklärt er, dass globale, demokratische Regeln mit starken Staaten erarbeitet werden müssen, die sicherstellen, dass sich die betroffenen Länder auf umsichtige Weise für den globalen Handel öffnen, und sich nicht schlagartig und sorglos den Finanzspekulanten ausliefern.

## Einführung

Joseph Stiglitz war von 1992 bis 1997 Wirtschaftsberater von Bill Clinton, sodann, von 1997 bis 2000, Direktor der Weltbank. Der Ökonom trat im Jahr 2000 von dieser Institution zurück, da die vom Direktorium gefassten politischen Entscheide seinen Ratschlägen systematisch zuwiderliefen.

Stiglitz verfügt somit über eine tiefe (Innen-)Einsicht in die Finanzwelt, und insbesondere in die Weltbank (WB) und den Internationalen Währungsfonds (IWF).

Nach seinem Austritt aus der Weltbank wurde er Dozent an der Columbia University in New York und veröffentlichte «Die Schatten der Globalisierung». Dieses Werk legt detailliert die Arbeitsweise der Bretton Woods-Institutionen dar, und zeigt auf, in welchem Ausmass diese die Interessen der Finanzmärkte vertreten.

Die WB und der IWF sind 1944 in Bretton Woods (USA) durch die westlichen Alliierten in der Absicht geschaffen worden, Wirtschaftskrisen in der Art der in den 1930er Jahren durchlebten so gut wie möglich zu managen.

?? Die Weltbank hat zur Aufgabe, tief verzinsliche Kredite zu gewähren, um kriegsverwüstete Länder beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung zu unterstützen. Hier stossen wir auf die Wiege des « Marshall-Planes ».

?? Der Internationale Währungsfonds seinerseits soll den Ländern, die sich in einer Finanzkrise befinden, dadurch helfen, dass der jeweiligen Zentralbank Überbrückungskredite gewährt werden. Heute schreibt der IWF den abhängigen Ländern, jenseits der eigentlichen Kreditbedingungen, die gesamte Wirtschaftspolitik vor.

In beiden Institutionen haben die Geberländer volle Entscheidungsmacht. Die Vereinigten Staaten verfügen sozusagen über ein Vetorecht. Stiglitz erklärt, dass der amerikanische Finanzminister somit faktisch die Macht über beide Institutionen inne hat - die übrigens beide ihren Sitz in Washington haben!

## **Kritiken**

Eins muss uns klar sein: Stiglitz ist kein Gegner der Globalisierung. Er setzt sich für den Frei-handel ein, aus der Einschätzung heraus, dass dieses System uns allen zum Vorteil und Nutzen gereichen kann. Dieser Ökonom betont jedoch die Notwendigkeit eines Regelrahmens, damit tatsächlich alle - insbesondere auch arme Menschen und Länder - profitieren können. Genau in dieser Hinsicht kritisiert Stiglitz die von IWF



und WB praktizierte Politik. Seines Erachtens propagieren diese Institutionen - der IWF noch mehr als die WB - einen entfesselten und dogmatischen Kapitalismus. Im Einzelnen formuliert er folgende Kritiken:

?? Stiglitz wirft diesen beiden Institutionen blinden Dogmatismus vor: nach Ansicht ihrer Verantwortlichen sei alles, was der Staat macht, schlecht, und alles, was die Privatwirtschaft macht, gut. Eines der obersten Ziele von WB und IWF ist die schnelle Privatisierung. Der « Washingtoner Konsens », nach dem sich die gesamte Politik beider Institutionen richtet, beruht auf vier Pfeilern:

- Die Liberalisierung des Handels und die Öffnung der Märkte für ausländische Investoren
- Die Privatisierung der staatlichen Unternehmen und Dienstleistungen, die Liberalisierung der Rechtsordnung
- Die finanzpolitische Austerität (Budgetkürzungen, Verbot von Defiziten)
- Die Bekämpfung der Inflation

?? Ziel des IWF ist somit in erster Linie, die Märkte und den Handel zu liberalisieren. Demzufolge hat er die Länder - insbesondere jene Krisenländer, die auf seine Kredite angewiesen sind - gezwungen, ihre Finanzmärkte sofort und um jeden Preis zu liberalisieren. Nach Ansicht Stiglitz' destabilisiert dies die finanzielle Situation dieser Länder; wenn in der Tat jeder ausländische Investor sein Geld jederzeit einsetzen und zurückziehen darf, löst dies Spekulationswellen aus, die diese Länder rasch in Krisen stürzen. Er gibt dafür zahlreiche Beispiele. Und die Länder, die einer solchen Krise erliegen, hängen sodann von der Finanzhilfe des IWF ab, der ihnen wiederum eine weitere Runde von Deregulierungen und Privatisierungen verschreibt...

?? Stiglitz prangert diese Politik der schnellen Liberalisierung an, die sich nicht um die an sich erforderlichen Bedingungen und Vorbereitungen kümmert. Bevor eine Volkswirtschaft den Weltmärkten ausgesetzt wird, muss sie unbedingt der internationalen Konkurrenz gewachsen sein. Unentbehrlich ist ein bestimmtes

Entwicklungsstadium der lokalen Wirtschaft - vor allem Zinssätze, die den Einheimischen erlauben, Kredite aufzunehmen, um Geld in die Modernisierung ihrer Unternehmungen zu investieren. Die wirtschaftlich erfolgreichen Länder Asiens hatten ihre Wirtschaft gegen die ausländische Konkurrenz solange geschützt, bis sie es mit jener Konkurrenz aufnehmen konnten. Vor der Öffnung für den internationalen Markt und die damit einhergehenden Umwälzungen muss zum Schutz aller Menschen, die ihre Arbeit verlieren könnten, ein soziales Netz geflochten werden - sonst zeitigen die durch die Öffnung verursachten sozialen Schäden für alle Beteiligten sehr kostspielige Folgen. Leider werden die Liberalisierungen des IWF von einer harten Austeritäts- und Antiinflationpolitik begleitet, die den Staat zwingen, soziale Sicherheitsnetze zu kappen und die Zinssätze zu erhöhen. Dies hat die Zerstörung der lokalen KMUs zur Folge, was wiederum Tür und Tor für die Multis öffnet...

- ?? Vor der Privatisierung müssen die lokalen Märkte in der Lage sein, die vormals staatlichen Aktivitäten zu übernehmen. Ansonsten ersetzen sehr bald private (und, im Falle ausländischer Investoren, unkontrollierbare) Monopole die staatlichen, oder aber die ganze Versorgung bricht zusammen, wie dies in manchen afrikanischen Ländern der Fall ist.
- ?? Der IWF widersetzt sich jeglicher staatlicher Umverteilungsmassnahme. Er zwingt im Gegenteil die Länder, ihren öffentlichen Dienst zu privatisieren. Aus Gesundheit und Bildung werden somit entgeltliche Leistungen, die für die Bevölkerung allzu oft unerschwinglich sind. So behauptet der IWF paradoxerweise, Wohlstand zu schaffen, indem Wohlstand reduziert wird! Der „Washingtoner Konsens“ setzt auf den sog. « trickle-down-effect », eine Theorie, wonach Wirtschaftswachstum eines schönen Tages, nach einer unvermeidlichen Leidensphase, schliesslich auch den Ärmsten zugute komme... Stiglitz weist im Gegenteil nach, dass das Volk ohne die Sicherheit der Bildung und der Gesundheitsdienste sowie weiterer Umverteilungsmechanismen nichts vom Wachstum hat. Er erwähnt unter anderen das Beispiel Indonesiens, eines Landes, das vom IWF zur Aufgabe seiner Nahrungsmittelsubventionen gezwungen wurde. Diese Massnahme löste Gewaltwellen aus, die das Land weiter destabilisiert haben.

- ?? Nach Ansicht Stiglitz' verhalten sich WB und IWF vollkommen diktatorisch. Den Krisenländern werden keinerlei Alternativen geboten, da der IWF ihnen bei Nichtbefolgung der verschriebenen Rezepte den Geldhahn zudreht und « schlechte Noten » austeilt, die wiederum bedeuten, dass diese Länder für die auf dem Finanzmarkt aufgenommenen Mittel höhere Zinsen bezahlen müssen. Nur wenige Länder haben sich den vom IWF auferlegten Verpflichtungen widersetzt, doch sind es genau die, denen es gegenwärtig am besten geht.
- ?? Innerhalb beider Institutionen ist keinerlei wirtschaftspolitische Diskussion möglich. Deren Verantwortliche erklären, dass offene Debatten die abhängigen Länder nur weiter verunsichern würden... IWF und WB benehmen sich absolut dogmatisch und weisen jede interne Kritik zurück. Als die WB - zur Zeit, wo Stiglitz in der Wirtschaftsdirektion sass - auf eine leicht alternative Politik umschwenkte, versuchte der IWF seinerseits hinter dem Rücken der WB und mit der Unterstützung des amerikanischen Finanzministers seine dogmatische Politik durchzusetzen. Jener Minister unterliess es fortan, die wichtigsten Entscheide Präsident Clinton zu unterbreiten, aus Angst, dieser könne sich den Plänen des IWF widersetzen.
- ?? Stiglitz lässt sich ebenfalls über Machtverhältnisse aus. Namentlich mittels ihrer Lobbypolitik beeinflussen die Finanzmärkte, wie auch der US-Finanzminister, unmittelbar den IWF. Er prangert ebenfalls die Regierungspolitik der reichen Länder, insbesondere der G7-Mitglieder, an, die sich durch die Interessen ihrer Multis - von denen sie ja wiederum profitieren - sowie durch ihre eigenen Finanzminister verführen lassen. Stiglitz ist übrigens der Ansicht, dass IWF und WB unmittelbar den Interessen der G7 gegenüber den armen Ländern dienen! Es sind in der Tat jene Länder, die das Direktorium beider Institutionen wählen (wobei den USA sogar ein Vetorecht zusteht) und es mit Vertretern bestücken, deren neoliberale Orientierung über jeden Zweifel erhaben ist.
- ?? Zusammenfassend hält Stiglitz fest, dass IWF und WB, die über die von ihnen abhängigen Länder eine Quasidiktatur errichtet haben, selber dem Diktat der internationalen Finanzmärkte unterworfen sind.
- ?? So beschäftigen sich IWF und WB vordringlich mit den Interessen der auf den Finanzmärkten auftretenden Investoren und der multinationalen Firmen. Wie

weiter unten anhand von Beispielen gezeigt werden soll, bezwecken praktisch sämtliche Interventionen sowie die gesamte Wirtschaftspolitik dieser beiden Institutionen in erster Linie, das Vertrauen der Investoren herzustellen, was nichts anderes bedeutet, als dass diese in Krisenzeiten kein Geld verlieren.

Eine solche einseitig nach den Interessen der reichen Länder ausgerichtete Politik - die nach Ansicht Stiglitz' jeder Wirtschaftswissenschaft widerspricht - kann nicht folgenlos bleiben. Stiglitz zitiert zahlreiche Beispiele, darunter die Krisen in Südostasien (1997) und Russland (1998). Ganz besonders verurteilt der Autor die forcierte und überstürzte Öffnung der Finanzmärkte, eine Öffnung, die sich durch ihre Sogwirkung auf beträchtliche (spekulative) Geldströme auf die betroffenen Länder stark destabilisierend ausgewirkt hat.

### **Die Asienkrise von 1997**

Vor dieser Krise hatte sich der IWF standhaft geweigert, das asiatische Wirtschaftsmodell zu studieren, da es seiner Ideologie komplett widersprach. Der IWF hat die Asiatischen Länder zudem erfolgreich daran gehindert, einen eigenen Währungsfonds zu schaffen, welcher ihre Abhängigkeit dem IWF gegenüber verringert hätte.

Dem IWF ist es trotzdem gelungen, die meisten asiatischen Länder dazu zu bringen, ihre Finanzmärkte für ausländische Investoren zu öffnen, obschon diese Länder aufgrund ihrer traditionell hohen Sparquote keineswegs auf dieses Geld angewiesen waren. Diese Öffnung hat diese Länder destabilisiert und hat dann auch zur Krise von 1997 geführt. Als ein bestimmter Grad von Instabilität einmal erreicht war, konnten sich die Gerüchte über eine Wirtschaftskrise mit Leichtigkeit in «self-fulfilling prophecies» verwandeln, da Finanzmärkte nicht auf Fakten, sondern auf Glaubenssätzen basieren. Verbreiten sich Gerüchte mit einer bestimmten Geschwindigkeit, fangen Investoren an, ihre Gelder zurückzuziehen; dürfen sie

darüber jederzeit frei verfügen, setzt eine Abwärtsspirale ein. Dies ist, was 1997 in Thailand geschah, und diese Krisensituation löste in den anderen Ländern eine Kettenreaktion aus. Der IWF hat die Gerüchte und die Reaktion der internationalen Finanzmärkte damals beeinflusst, indem er ohne Unterlass die Strukturprobleme der asiatischen Länder anführte, wobei er Strukturen im Visier hatte, die einfach mit dem « Washingtoner Konsens » unvereinbar waren...

- ?? Durch die Sorge motiviert, die Interessen der ausländischen Investoren zu schützen, wirkte sich die Reaktion des IWF auf die betroffenen Länder zutiefst destruktiv aus.
- ?? Die Angst vor der Inflation - somit vor einer Entwertung des Besitzes der ausländischen Investoren - bewegte den IWF dazu, den Krisenländern eine Politik massiv erhöhter Zinssätze zu verschreiben. Diese Politik trug dazu bei, den einheimischen Konsum und die einheimischen Investitionen zu drosseln. Durch diesen Druck auf die Nachfrage wurde die Krise verschärft: eine Wirtschaft, in der niemand mehr konsumiert oder investiert, verfällt der Depression.
- ?? Die Erhöhung der Zinssätze trieb zahlreiche asiatische Firmen in den Konkurs. Beträchtliches Knowhow ging dadurch verloren.
- ?? Parallel dazu zwang der IWF die Krisenländer zur Austeritätspolitik: wo antizyklische Investitionen angebracht gewesen wären, mussten auch die Staaten ihre Nachfrage drosseln und die soziale Sicherheit zerstören, was zu enormen sozialen Spannungen führte.
- ?? Die den Ländern vom IWF gewährten Notkredite dienten lediglich dazu, ihre Schulden bei den ausländischen Investoren zu begleichen. Es handelte sich um « bail-outs », d.h. um Sicherheitskredite, die nur bezweckten, die Investoren schadlos zu halten. Um solche Kredite zu erhalten, müssen die Staaten den Forderungen des IWF gehorchen. Aus diesen Krediten wurden somit neue Schulden dem IWF gegenüber. Sie führen nicht dazu, das Elend der Bevölkerung jener Krisenländer zu lindern; die vom IWF diktierte Sparpolitik geht im Gegenteil einher mit der Kürzung zahlreicher Subventionen, namentlich für Nahrungsmittel.
- ?? Anhand eines Vergleichs verschiedener asiatischer Länder stellt Stiglitz fest, dass diejenigen, die ihre Märkte nicht liberalisiert haben - wie China oder Malaysia - oder die sich dem IWF ein Stück weit widersetzt haben - wie Südkorea -

heutzutage viel besser fahren als die anderen (speziell Indonesien und die Philippinen). Insbesondere China und Malaysia strafen die Aussagen der IWF-Ökonomen Lügen, wonach kontrollierte Finanzmärkte zu einer Abnahme des Investitionsvolumens führen. In Stiglitz' Augen beweist das chinesische Beispiel den langfristigen Erfolg einer kontrollierten wirtschaftlichen Öffnung, die auf allen Ebenen den Rezepten des IWF widerspricht.

## **Der Fall Russlands**

Infolge der politischen Umwälzungen der späten 80er Jahre lud die russische Regierung die neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler der Chicago-Schule ein, sie beim Übergang vom kommunistischen Wirtschaftssystem zur Marktwirtschaft zu unterstützen. Die Liberalisierung der Preise stellte einer der ersten Schritte dar. Doch in Abwesenheit eines « fahrtüchtigen » Marktes schafft ein solcher Schritt nichts anderes als Hyperinflation. Die « Chicago-Boys » hegten den blinden Glauben, dass der freie Markt von sich aus entstehen würde, immer und überall, ohne Rücksicht auf kulturelle Unterschiede. In Russland waren Strukturen und Mentalität jedoch in keiner Weise auf diese Öffnung vorbereitet.

Die russische Zentralbank hob die Zinssätze an. Diese Massnahme hätte die Inflation reduzieren und - den Theorien des IWF zufolge - ausländische Investoren anlocken sollen. Die hohen Zinssätze erlaubten indessen den russischen Unternehmern selber nicht, Firmen zu gründen. Somit kam es auch nicht zur Entstehung eines freien Marktes. Der IWF hat sich in der Tat nicht um den für die Schaffung einer Marktwirtschaft unerlässlichen rechtlichen Rahmen gekümmert. Die ausländischen Investoren ihrerseits haben überhaupt nicht in die Produktion investiert. So führte die Deregulierung der Finanzmärkte im Endergebnis dazu, dass Kapital exportiert, statt importiert, wurde. Ein beträchtlicher Teil des Mittelstands verliess das Land...

Parallel dazu sparte der Staat bei der sozialen Sicherheit, dem Bildungs- und

Gesundheitswesen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat die Lebenserwartung der Russen im Verhältnis zu 1990 um drei Jahre und das Bruttoinlandprodukt um 50% abgenommen. Trotz dieser negativen Wirkungen lobt der IWF Russland und stützt seine Beobachtung, es seien positive Wachstumszeichen vorhanden, auf die grosse Anzahl der im Land herumfahrenden Luxuslimousinen...

Der IWF ergeht sich ebenfalls in Lob über die Privatisierungen, obschon deren Erlös aufgrund fehlender gesetzlicher Rahmenbedingungen in die tiefen Taschen der Jelzin-Spezis verschwunden ist... Ausserdem erlaubten die IWF-Kredite, den Rubel auf künstlich hohem Niveau zu halten, was auch hier den Investoren erlaubte, keine Verluste zu erleiden. Diese Überbewertung war es, die 1998 zur Krise führte. Die russischen Erzeugnisse waren für den Export zu teuer, die Importe aus dem Westen zu billig. Die einheimische Wirtschaft konnte diesen Konkurrenzkampf nicht überleben und das Land stürzte in die Krise. Die Reaktion des IWF bestand darin, den russischen Staat bei der Tilgung seiner Auslandsschulden zu unterstützen und den Rubel zu stützen. Die Krise wurde auch dadurch verschlimmert, dass das vom IWF geliehene Geld wenige Tage später auf ausländischen Privatkonten auftauchte...

## **Schlussfolgerungen und Forderungen**

Die - so brutale wie falsche - Politik der WB und des IWF entspringt nicht etwa einer aktiven Verschwörung, sondern vielmehr den Interessen der wirtschaftlichen Akteure - Akteure, die durchaus über die Macht verfügen, ihre Argumente durchzusetzen - und der daraus erwachsenden Ideologie. Stiglitz behauptet, die Verantwortlichen beider Institutionen würden ernsthaft an die Tauglichkeit ihrer Politik glauben. Seiner Meinung nach liegt die Lösung in erster Linie in einer Demokratisierung jener Institutionen:

?? Das Handeln der Regierungen und ihrer Finanzminister muss für die Bevölkerung transparent sein. Die Regierungen müssen Rechenschaft ablegen über die Ergebnisse ihrer Aussenwirtschaftspolitik.

- ?? IWF und WB müssen zutiefst demokratisiert werden. Die abhängigen Länder müssen in die Entscheidungsmechanismen einbezogen werden. Dies setzt einen Mentalitätswechsel bei den Führern dieser Institutionen voraus: ihr Glaube an ihre eigene Unfehlbarkeit, an die Richtigkeit ihrer wirtschaftspolitischen Dogmen und an die Überlegenheit des westlichen ökonomischen Denkens muss relativiert werden. Der « Geist des Kolonialismus » muss aufgegeben werden.
- ?? Der IWF sollte von den auf seine Kredite angewiesenen Ländern keine konkrete Politik verlangen, sondern vielmehr eine Art « System der Selektivität » einrichten: je grösser der ausgewiesene Erfolg, desto höher die Kredite oder desto tiefer die geschuldeten Zinsen.
- ?? Mehr Demokratie und mehr Transparenz seitens des IWF und der WB bedingen, dass diese beiden Institutionen öffentlich über ihre Politik Rechenschaft ablegen.
- ?? Eine echte Demokratisierung der Welthandelsorganisation WTO, einer Institution, in der die ärmeren Länder nur eine theoretische Stimme haben, tut Not. Denn diese ärmeren Länder haben kaum die Ressourcen, sich aktiv an der WTO-Politik zu beteiligen. Demokratie würde hier bedeuten, dass diesen Ländern genügend finanzielle Ressourcen für eigene Lobby- und Informationsarbeit zur Verfügung gestellt werden.







## **ZWEITES KAPITEL :**

### **Die Fallstudie Wasser**



## **Globalisierung : Beispiel der Wasserprivatisierung**

MARKUS MEURY

In diesem Artikel wird am Beispiel des Wassers aufgezeigt, was die Mechanismen der wirtschaftlichen Globalisierung für die armen Länder für Folgen haben können. Das Wasser ist die Grundlage für das Leben, und deshalb überlebenswichtig. Trotzdem werden arme Länder gezwungen, ihre Wasserversorgungen zu privatisieren und an Konzerne aus dem reichen Norden zu verkaufen, die ihre Monopolstellungen in vielen Fällen missbrauchen.

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) beteuern auf ihren Webseiten und in allen öffentlichen Stellungnahmen, dass ihre prioritäre Sorge die Armutsbekämpfung ist. Doch die Massnahmen, die sie ergreifen, tragen oft noch dazu bei, dass die Armen völlig ins Elend getrieben werden. Wie ist das möglich? Es scheint mir wahrscheinlich, dass die Verantwortlichen der Weltbank und des IWF es gut meinen. Sie glauben wohl aufrichtig daran, dass der Neoliberalismus wohl tut.

Von den westlichen Ländern (insbesondere den USA mit ihrem Vetorecht in diesen Wahlen) werden ausschliesslich Neoliberale auf die entscheidenden Posten der internationalen Finanz-Institutionen gewählt. Diese Leiter sind dann auch dem ständigen Druck und Lobbying der westlichen Länder und der Multinationalen mit ihrer eigenen Sicht unterworfen. Es ist unvorstellbar, dass die Weltbank eine Politik betreibt, die den Interessen der Geberstaaten und deren Wirtschaft entgegensteht. Dann ist es auch viel angenehmer zu glauben, dass eine Politik, die nichts kostet (und von der wir sogar profitieren), die Lösung für das Problem der Armut auf dieser Welt ist.

Hinter diesen falschen Ideologien verbirgt sich die Sünde, nicht teilen zu wollen, die Sünde des Egoismus und der Angst, nicht genug für sich selbst zu haben. Diese Sünden gebären andere: Hungertod, Krieg usw. Die Vertreter dieser Organisationen behaupten, dass die Globalisierungskritiker mit den Ängsten der Leute spielten. Das Beispiel der Wasserversorgung zeigt uns, dass die Kritiken gut fundiert sind. Es bietet sich für die Illustration der wesentlichen Kritiken der Globalisierungsgegner an:

- ?? Die Weltbank lässt sich von Ideologien und nicht von der Wirklichkeit leiten
- ?? Sie ist von den Interessen des Westens bestimmt
- ?? Ihre Politik hat katastrophale Folgen

Das Wasser ist ein starkes Symbol: Es stellt unsere wichtigste Lebensgrundlage dar. Die Privatisierung der Wasserversorgung führt dazu, dass sich die westlichen Länder die Lebensgrundlage der ärmsten Länder aneignen. Die Länder des Südens werden damit gezwungen, uns ihr eigenes Wasser für teures Geld abzukaufen. Millionen von Menschen haben dann keinen Zugang zum Wasser mehr, weil sie es nicht bezahlen können.

### **Was die Wirtschaftstheorie sagt**

Die gängigen Wirtschaftstheorien besagen, dass die Konkurrenzsituation die Unternehmen dazu treibt, bestmögliche Dienstleistungen zu tiefstmöglichen Preisen anzubieten. Monopole werden daher als Ursache von Ineffizienz und übersteigerten Preisen gesehen. Bei der Privatisierung der öffentlichen Dienste muss daher zwischen Sektoren mit und ohne Konkurrenz unterschieden werden. Die Wasserversorgung ist dabei ein typisches Beispiel eines Sektors ohne Konkurrenz.

Zudem ist dieses Monopol unausweichlich: Die gesamte Bevölkerung braucht Wasser und ist vollständig vom Anbieter abhängig. Bei einer Privatisierung kann der Versorger daher die Preise erhöhen, ohne die Leistungen zu verbessern. Und falls die entsprechende rechtliche Verpflichtung fehlt (was die Regel ist, wenn der IWF

3. Welt-Länder zur Privatisierung zwingt), ist nicht einmal die flächendeckende Versorgung gesichert: Teile der Wasserversorgung, die unrentabel sind, werden einfach abgeschaltet. Private Anbieter haben keinerlei Anreiz, die Versorgung in Armenvierteln auszubauen. Ihre Investitionen fließen dahin, wo die grösste Wirtschaftlichkeit und die grösste Kaufkraft sind: zu den Reichen! Die private Versorgung bietet demnach keinerlei Lösungsansätze für die Gesamtproblematik.

### **Die Ideologie funktioniert in der Realität nicht**

Dass diese Politik versagt hat, lässt sich an verschiedenen Beispielen in Ländern des Westens zeigen: Nach unserer Kenntnis hat sich das Preis-Leistungsverhältnis in keinem Land verbessert, weder in Frankreich, in England, noch in den USA. Doch die Gegenbeispiele sind zahlreich: In London revidiert der Wasserversorger lediglich einen Tausendstel des Leitungssystems pro Jahr. Er macht riesige Einsparungen, die er als Gewinne an die Aktionäre weiterverteilt. Ein solches System kann nur eine beschränkte Zeit funktionieren, dann sieht sich der Staat früher oder später gezwungen, das Ganze wieder zu übernehmen und auf seine Kosten zu revidieren (wie bei BritishRail). In New York ist die Wasserversorgung wieder verstaatlicht worden, nachdem das private Management nicht funktioniert hat.

Die Privatisierung der Wasserversorgung stützt sich auf rein ideologische Überlegungen (« Was der Staat tut, ist sowieso schlecht! ») und auf die wirtschaftlichen Interessen der multinationalen Unternehmen (Vivendi, Ondeo (Suez-Lyonnaise), RWE/Thames und SAUR (Bouygues), die sich den Kuchen praktisch aufteilen).

## **Die Privatisierung der Wasserversorgung in armen Ländern**

Trotz der klaren Erfahrungslage, die ja von der Wirtschaftstheorie vorausgesagt wurde, zwingen der IWF und die Weltbank zahlreiche Länder der Dritten Welt, ihre Wasserversorgung zu privatisieren. Die Länder, die in eine Finanzkrise geraten oder neue Anleihen aufnehmen wollen, müssen sich den Bedingungen des IWF bzw. der Weltbank beugen, Privatisierungen vornehmen, um die Schulden abzutragen und neue Investoren ins Land zu bringen, die der Wirtschaft zu neuem Schwung und Effizienzerhöhung verhelfen sollten.

Einige Länder, die mindestens einen Teil ihres Wassers privaten Investoren überlassen mussten, sind: die Philippinen, Indonesien, Vietnam, Indien, Jemen, Senegal, Niger, Côte d'Ivoire, Ghana, Kamerun, Ruanda, Tansania, Kenia, Mosambik, Südafrika, Honduras, Ecuador, Bolivien und Argentinien. Viele davon gehören zu den ärmsten Ländern der Welt. Sie sind gefangen in ihren Schulden, die über die Zinszahlungen schon lange mehr als beglichen sind. Doch die Industriestaaten, statt ihnen die Schuld zu erlassen, missbrauchen sie für ihre eigenen Interessen. Auch wenn diese Länder einmal wieder zu Geld kommen sollten, wird sie der GATS (General Agreement on Trade and Services der Welthandelsorganisation (WTO), ein Freihandelsvertrag, der zur Zeit ausgehandelt wird), daran hindern, ihre Wasserversorgung wieder zu verstaatlichen. In der neuen Verhandlungsrunde der WTO, wo die Regierungen der Welt über die Liberalisierung des Welthandels verhandeln, soll den Ländern sogar verboten werden, den Firmen Vorschriften über den Preis des Wassers oder Umweltauflagen zu machen (§ 31 und 32 des vorgesehenen Abkommens). Die Öffentlichkeit und die demokratisch gewählten Organe haben dann überhaupt nichts mehr zu den lebenswichtigen Gütern zu sagen und müssen alles über sich ergehen lassen. Die Macht gehört dann vollständig den multinationalen Unternehmen.



## Beispiele

- ?? Buenos Aires: Der Wasserpreis ist um 20% gestiegen ohne Verbesserung des Angebots. Trotz vertraglicher Verpflichtungen wurden Armenviertel nur durch die Fronarbeit der Bewohner angeschlossen und zudem nirgends in der Stadt Wasserreinigungsanlagen gebaut. Der Staat trägt im Endeffekt die Kosten, die sich aus den Schäden ergeben. Die Weltbank lobt diese Situation als Erfolg!
- ?? Ghana: Die Weltbank und der IWF wollen Ghana zur Privatisierung der (rentablen) städtischen Wasserversorgung zwingen. In den ländlichen Gebieten konnte nicht privatisiert werden. Der Staat hat somit keine Möglichkeit mehr, die Versorgung auf dem Land mit den Einnahmen in der Stadt quer zu subventionieren. Was bleibt, sind Gewinne für die Privaten, Defizite für den Staat. Über kurz oder lang wird der Staat wiederum gezwungen werden, seine Ausgaben zu kürzen... Oder aber der Staat « dezentralisiert » diejenige Wasserversorgung, die nicht Privatisiert werden konnte. In diesen Fällen müssen die meist armen Gemeinden die Infrastrukturen selber unterhalten, was ihre finanziellen Möglichkeiten oft übersteigt. Die Weltbank verlangt volle Kostendeckung und zwang Ghana bereits 2001 zu einer ersten Wasserpreiserhöhung von 95 %. Eine Tragödie in einem Land, wo 50% der Bevölkerung mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen muss. Der bereits vorliegende Privatisierungsvertrag verlangt überdies von den privaten Betreibern keinerlei Investitionen ins Wassernetz. Dies soll der Staat zahlen... Gegen die Privatisierungspläne hat sich schon vor längerer Zeit ein organisierter Widerstand mit zahlreichen NGOs gebildet (« Ghana National Coalition against the Privatisation of Water »).
- ?? Cochabamba (Bolivien): Ein Bevölkerungsaufstand gegen die exorbitanten Wasserpreise (die schliesslich bis zu 25% eines normalen Monatslohnes betragen) hat zur Auflösung des Vertrages mit dem Betreiber geführt. Dieser verlangt nun den für Bolivien horrenden « Schadenersatz » von 250 Millionen Dollar (für entgangene Gewinne), obwohl er nur 20'000 Dollars für den Kauf des Wassernetzes hat bezahlen müssen.
- ?? La Paz (Bolivien): Der Wasserpreis ist seit der Privatisierung bis zu SECHS Mal

höher als zuvor. Viele Leute duschen sich nicht mehr oder nehmen gar die alten Ziehbrunnen mit dem unsauberen Wasser wieder in Betrieb (deren Stilllegung und der Übergang zum Wassernetz war früher ein Erfolg der Entwicklungspolitik...). Gleichzeitig hat die neue Wassergesellschaft Aguas del Illimani die Anzahl der Mitarbeiter massiv gesenkt, sodass Pannen in der Wasserversorgung immer öfter vorkommen. Auch hier ist Rentabilität die erste Sorge der Firma.

- ?? Südafrika: Im Jahr 2000 bricht eine Choleraepidemie (260 Tote) aus, nachdem die Regierung im Hinblick auf die Privatisierung die Wasserpreise verdoppelt hat. Viele Menschen hatten daraufhin Wasser aus Bächen und Flüssen getrunken.
- ?? Tanzania: Der IWF zwang das Land dazu, das Leitungsnetz seiner Hauptstadt für 145 Millionen Dollar zu sanieren, um es dann zu einem Bruchteil dieses Preises an einen privaten Betreiber zu verkaufen. Das Land hat sich dadurch massiv verschuldet.

### **Wie sich die Weltbank verteidigt**

Die Webseite der Weltbank bezüglich der Wasserversorgung behandelt nicht mehr die Frage der Armut. Dies ist nicht weiter erstaunlich in Anbetracht der Preisexplosionen. Die Hauptsorge ist jetzt, Wasser zu sparen und Wasserverschleiss zu vermeiden. Über den höheren Preis sollen die Konsumenten erzogen werden, Wasser zu sparen. Tatsächlich ist das Wasser in zahlreichen Ländern rar und übernutzt. Dort muss Wassersparen künftig eine Priorität sein. Doch dieses Argument ist nicht wirklich glaubwürdig, die Privatisierung und Preiserhöhung wird in allen Ländern vorangetrieben, auch dort, wo die Wasserressourcen unbegrenzt sind.

Das Prinzip, wonach der Wasserpreis alle Kosten decken muss, scheint viel wichtiger als der Zugang zur Wasserversorgung für die Armen (Infrastruktur und Preise). Dass Menschen dadurch vom Wasser abgeschnitten werden oder ins Elend geraten, ist dabei zweitrangig. Noch kurz vor dem Aufstand in Cochabamba hat die Weltbank verlangt, dass der Wasserpreis dort nicht subventioniert werden darf. Einer der

Köpfe des Weltbank-Wasserprogramms, Guillermo Yepes (der Chefprivatisierer von Pinochet), fordert in einem Dokument, dass Quersubventionen für die Armen (mit Preiserhöhungen für Industrie und Reiche) vermieden werden müssen, weil die Wasseranbieter sonst keinen Anreiz mehr haben, die Armenviertel an das Wassernetz anzuschliessen (wie in Guayaquil, Ecuador). Er erklärt weitläufig, dass die Armen bereit seien, viel mehr für Wasser zu bezahlen, als gedacht wird (was ja auch logisch ist, wenn das Leben davon abhängt!). Dabei steht offenbar völlig ausser Diskussion, dass der Staat und die Weltbank die Anbieter ja verpflichten könnten, auch die Armenviertel zu versorgen, oder dass die Wasserversorgung ja auch staatlich geregelt werden könnte. Andererseits beklagt der Leiter des Weltbank-Programms, John Briscoe, in seinem Bericht über die öffentliche Wasserversorgung in Deutschland, dass ZU WENIG Wasser verloren gehe und zuviel Geld in die Reparatur von Leitungen gesteckt werde. In Tat und Wahrheit geht es also um das Geld.

Ein weiteres Problem liegt darin, dass die Privatunternehmen keinerlei Anreiz haben, die Konsumenten zum Wassersparen zu bringen. Die hohen Preise treiben vor allem die Armen dazu, Wasser zu sparen, während die Anbieter besonders interessiert sind, möglichst viel Wasser zu verkaufen. Sie sind eher geneigt, Werbung für grösseren Wasserkonsum zu machen. Die Weltbank behauptet, dass Preiserhöhungen gerechtfertigt seien, um den Anbietern die Mittel für den Ausbau der Wasserversorgung zu geben. Doch könnte der Staat das ebenso gut machen, auch ohne Preiserhöhung. Ausserdem zeigt das Beispiel von London, dass die Privaten trotz hoher Gewinne nicht unbedingt in die Infrastrukturen investieren...

Man erhält den Eindruck, dass die Weltbank blind den Erklärungen der Multinationalen und der neoliberalen Theorie vertraut. Auch Joseph Stiglitz, der ehemalige Wirtschaftspolitik-Chef der Weltbank, bestätigt dies in seinem soeben erschienen Buch « Die Schatten der Globalisierung ». Kürzlich hat die Weltbank eingestanden, dass die Entwicklung der privaten Wasserversorgungssysteme noch nicht zufriedenstellend sei. Doch zieht sie die Lösung vor, für jeden neuen Anschluss

eine Prämie zu bezahlen, anstatt an rechtliche Zwänge oder gar eine öffentliche Kontrolle zu denken.

Die Frage allgemein erschwinglicher Preise und der Verarmung wegen zu hoher Preise wird nie gestellt. Wenn diese Privatisierungspolitik fortgesetzt wird, werden Millionen von Menschen von der Wasserversorgung ausgeschlossen oder wegen überhöhten Preisen in die Armut getrieben. Viele werden nicht genug sauberes Wasser verwenden und sich Wasser aus unreinen Quellen beschaffen, was zu einer Zunahme der Todesfälle führen wird. In Ghana zum Beispiel ist in vielen armen Gemeinden, die den Unterhalt der ihnen vom Staat « überlassenen » Wasserversorgung nicht bezahlen konnten, die Krankheit des Guineawurms wieder aufgetaucht. Auch die Weltbank schreibt, dass jährlich drei Millionen Kinder an Krankheiten sterben, die durch verunreinigtes Wasser verursacht wurden; 80% der Infektionskrankheiten haben ihre Ursache in verunreinigtem Wasser. Trotz all diesen Fakten erklären die Weltbankvertreter, die Kritiker der Globalisierung spielten nur mit den Ängsten der Leute...

### **Was können wir tun?**

Diese Politik hat bei uns wie in der Dritten Welt zu Widerstand geführt. Wahlen wurden schon auf dem Hintergrund der Wasserfrage entschieden (in Polen, Panama usw.). In einem internen Memo bestätigt Briscoe, dass die Bevölkerung gegen die Privatisierungen ist, jedoch dürfe dies nichts am Privatisierungsprogramm ändern.

Ein Beispiel für den Widerstand ist das Europäische Netzwerk gegen die Privatisierung des Wassers. Die Swisscoalition, eine Vereinigung schweizerischer Hilfswerke (Swissaid, Fastenopfer, Helvetas, Caritas, unter [www.swisscoalition.ch](http://www.swisscoalition.ch)), gehört auch dazu. Am UNO-Weltgipfel in Johannesburg Ende August 2002 verlangten die anwesenden NGOs einen Völkerrechtsvertrag, der ein Recht auf Wasserversorgung für alle gewährleistet. Das Wasser muss Allgemeingut bleiben!

Dieses Ziel wurde zwar nicht sofort erreicht, aber am 26. November hat das « UNO-Komitee für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte » eine neue Verordnung zum von 145 Staaten unterzeichneten « Abkommen über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte » erlassen. Darin wird gesagt, dass das Abkommen dahingehend interpretiert werden muss, dass es ein universelles Recht auf Wasser gibt und die Staaten, die das Abkommen unterzeichnet haben, gehalten sind, den Zugang aller Bewohner zu sauberem Trinkwasser zu gewährleisten. Wenn allerdings gleichzeitig in den WTO-Verhandlungen beschlossen wird, dass die Länder die Wasserversorgung zu privatisieren haben und keine Vorschriften über die Versorgung machen dürfen...

Die UNCTAD, die UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung, hat 2002 einen Bericht veröffentlicht, in dem der Misserfolg der jahrelangen « Strukturanpassungen » und Privatisierungen beschrieben wird. Es bestehen aber zwei gegensätzliche Mächte: auf der einen Seite die demokratische UNO gegen die Privatisierungen, auf der anderen Seite die von den reichen Ländern beherrschten WTO und Weltbank, die auf Privatisierung drängen. Im Moment scheinen letztere den grösseren Einfluss zu haben.

Das Jahr 2003 wurde von der UNO zum Jahr des Wassers erklärt. Die Wasserproblematik wurde vermehrt öffentlich diskutiert. In Kyoto (Japan) fand überdies vom 14. bis 24. März das Weltwasserforum statt. ChristNet lancierte auf dieses Ereignis hin eine Petition, in der die Schweizer Behörden zu einer Veränderung ihrer Haltung gegenüber der Wasserprivatisierung aufgefordert wurden. Zudem lancierte ChristNet eine Gebetskampagne während der Zeit der Konferenz. Ebenfalls im Jahr 2003 traten die Verhandlungen über den GATS in die entscheidende Phase, was auch die Liberalisierung im Bereich des Wassers betraf. Die ärmeren Länder haben zum ersten Mal dem Druck der Industrieländer widerstanden und die Verhandlungen unterbrochen! Im Juli 2004 wurden sie in etwas abgespeckter Version wieder aufgenommen. Beten wir für einen Ausgang der Verhandlungen, der den Armen dieser Welt dient!

# **Wasserprivatisierung in Entwicklungsländern und ihre Folgen**

MARKUS MEURY

Die UNO hat das Jahr 2003 zum «Internationalen Jahr des Wassers» erklärt. Dies mit gutem Grund, denn noch immer haben 1,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Nach Berichten der Weltbank sterben jährlich drei Millionen Kinder an den Folgen von unsauberem Wasser, und 80% der Infektionskrankheiten in Entwicklungsländern haben ihren Ursprung ebenfalls in unsauberem Wasser.

Vom 16. bis 23. März führt das «World Water Council» (eine Gründung der Weltbank) ein Weltwasserforum in Kyoto (Japan) durch. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) unternehmen grosse Anstrengungen im Bereich der Wasserversorgung. Doch die Massnahmen, die sie ergreifen, tragen oft noch dazu bei, dass die Armen völlig ins Elend getrieben werden. Wie ist das möglich? Offenbar führen ein blinder Glaube an die Heilkräfte der Privatwirtschaft sowie finanzielle Interessen von Wasserfirmen und deren Heimatländern zu einer völlig verfehlten Entwicklungspolitik.

In der Wirtschaftstheorie werden Monopole als Ursache von Ineffizienz und übersteigerten Preisen gesehen. Die Wasserversorgung ist dabei ein typisches Beispiel eines Sektors ohne Konkurrenz. Zudem braucht die gesamte Bevölkerung Wasser und ist vollständig vom Anbieter abhängig. Bei einer Privatisierung kann der Versorger daher die Preise erhöhen, ohne die Leistungen zu verbessern. Wenn der IWF Entwicklungsländer zur Privatisierung zwingt, so verbietet er den Staaten, den Anbieter zur flächendeckenden Versorgung zu verpflichten. Teile der Wasserversorgung, die unrentabel sind (zum Beispiel in städtischen Armenvierteln oder auf dem Land), werden dann vom Unternehmen schlicht abgeschaltet.

## **Die Privatisierung der Wasserversorgung in den Entwicklungsländern**

Dass der Privatisierungsansatz versagt hat, lässt sich an zahlreichen Beispielen in Ländern des Westens (New York, London, etc.) und der Dritten Welt zeigen.

- ?? Ghana: Die Weltbank und der IWF wollen Ghana zur Privatisierung der « rentablen » städtischen Wasserversorgungen zwingen. Die « unrentablen » ländlichen Gebiete können nicht privatisiert werden. Der Staat hat somit keine Möglichkeit mehr, die Versorgung auf dem Land mit den Einnahmen in der Stadt quer zu subventionieren. Was bleibt, sind Gewinne für die Privaten, Defizite für den Staat. Doch schon heute müssen mehr und mehr die meist armen Landgemeinden die Infrastrukturen selber unterhalten, was ihre finanziellen Möglichkeiten oft übersteigt. So sind überwunden geglaubte Krankheiten, die über unsauberes Wasser übertragen werden, wieder am Zunehmen. Die Weltbank verlangt volle Kostendeckung und zwang Ghana bereits 2001 zu einer ersten Wasserpreiserhöhung von 95 %. Eine Tragödie in einem Land, wo 50% der Bevölkerung mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen muss. Der bereits vorliegende Privatisierungsvertrag verlangt überdies von den privaten Betreibern nicht einmal Investitionen ins Wassernetz. Dies soll der Staat zahlen...
- ?? Südafrika: Im Jahr 2000 brach eine Choleraepidemie aus, nachdem die Regierung im Hinblick auf die Privatisierung die Wasserpreise verdoppelt hat. Viele Menschen hatten daraufhin Wasser aus Bächen und Flüssen getrunken.
- ?? Cochabamba (Bolivien): Ebenfalls im Jahr 2000 hat ein Bevölkerungsaufstand gegen die exorbitanten Wasserpreise (bis zu 25% eines normalen Monatslohnes) des Unternehmens «Agua del Tunari » zur Auflösung des Betreibervertrages geführt. Das ausländische Unternehmen verlangt nun den für Bolivien horrenden Schadenersatz von 250 Millionen Dollar wegen « entgangenen Gewinnen », obwohl es nur 20'000 Dollar für den Kauf des Wassernetzes hatte bezahlen müssen.
- ?? La Paz (Bolivien): Der Wasserpreis ist seit der Privatisierung bis zu sechs Mal höher als zuvor. Zahlreiche Quartiere nehmen die alten Ziehbrunnen mit dem unsauberen Wasser wieder in Betrieb. Gleichzeitig hat das zuständige Unternehmen « Agua del Illimani » die Anzahl der Mitarbeiter massiv gesenkt,

sodass Pannen in der Wasserversorgung immer öfter vorkommen. Auch hier ist Rentabilität die erste Sorge der Firma.

### **Wie sich IWF und Weltbank verteidigen**

Trotz dieser klaren Erfahrungslage zwingen der IWF und die Weltbank zahlreiche Entwicklungsländer, ihre Wasserversorgung zu privatisieren. Staaten, die in eine Finanzkrise geraten oder neue Anleihen aufnehmen wollen, müssen sich den Bedingungen des IWF bzw. der Weltbank beugen, Privatisierungen vorzunehmen, um die Schulden abzutragen und um « neue Investoren ins Land zu bringen ».

Die Internet-Informationen der Weltbank bezüglich der Wasserversorgung behandeln die Frage der Armut nicht. Das Prinzip, wonach der Wasserpreis alle Kosten decken muss, scheint wichtiger als der Zugang für die Armen zur Wasserversorgung. Noch kurz vor dem Aufstand in Cochabamba hat die Weltbank von der Bolivianischen Regierung verlangt, dass der Wasserpreis nicht subventioniert werden darf.

Einer der Köpfe des Weltbank-Wasserprogramms, Guillermo Yepes, forderte in einem Dokument gar, dass Quersubventionen für die Armen (mit Preiserhöhungen für Industrie und Reiche) vermieden werden müssen, weil die Wasseranbieter sonst keinen Anreiz mehr hätten, die Armenviertel an das Wassernetz anzuschliessen. Er erklärte, dass die Armen bereit seien, viel mehr für Wasser zu bezahlen, als gemeinhin angenommen wird (verständlich, wenn ihr Leben davon abhängt...). Die Weltbank behauptet, Preiserhöhungen seien nötig, um den Firmen die Mittel für den Ausbau der Wasserversorgung zu geben. Zahlreiche Beispiele zeigen aber, dass der Zugang für die Armen trotzdem nicht verbessert wird. Offenbar steht völlig ausser Diskussion, dass der Staat und die Weltbank die Unternehmen verpflichten könnten, auch die Armenviertel zu versorgen, oder dass die Wasserversorgung staatlich geregelt werden könnte.



In der gegenwärtigen Verhandlungsrunde der WTO (World Trade Organization), wo die Regierungen der Welt über die Liberalisierung des Welthandels verhandeln, soll den Staaten sogar verboten werden, den Unternehmen Vorschriften über den Preis des Wassers oder Umweltauflagen zu machen (§ 31 und 32 des vorgesehenen Abkommens). Die Öffentlichkeit und die demokratisch gewählten Regierungen werden dannzumal nichts mehr zu den lebenswichtigen Gütern zu sagen haben.

Man erhält den Eindruck, dass die Weltbank, der IWF und die WTO blind den Erklärungen der Multinationalen Unternehmen und der neoliberalen Theorie vertrauen. Auch Joseph Stiglitz, der ehemalige Wirtschaftspolitik-Chef der Weltbank, bestätigt diesen Befund in seinem soeben erschienen Buch « Die Schatten der Globalisierung ».

### **Was können wir tun?**

Diese Politik hat bei uns, wie in zahlreichen Entwicklungsländern, zu Widerstand geführt. Ein Beispiel für den Widerstand ist das Europäische Netzwerk gegen die Privatisierung des Wassers. Die Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke Swissaid/, Fastenopfer/, Brot für alle/ Helvetas/, Caritas// und Heks gehört auch dazu.

Dem Druck vieler Nonprofit-Organisationen ist es zu verdanken, dass im vergangenen November das «UNO-Komitee für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte» eine neue Verordnung zum von 145 Staaten unterzeichneten «Abkommen über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte» erlassen hat. Darin wird gesagt, dass das Abkommen dahingehend interpretiert werden muss, dass ein universelles Recht auf Wasser existiert. Die Staaten, die das Abkommen unterzeichnet haben, seien deshalb gehalten, den Zugang aller Bewohner zu sauberem Trinkwasser zu gewährleisten.

Wenn allerdings in den WTO-Verhandlungen beschlossen wird, dass die Staaten die Wasserversorgung den privaten Anbietern zu öffnen haben und keine Vorschriften über die Versorgung machen dürfen, dann fragt sich, welche Abkommen Vorrang haben werden: die wirtschaftlichen oder die völkerrechtlichen? Es liegt an den Bevölkerungen der Länder, ihren Willen kundzutun.

## **Emanuele Lobina und David Hall. Problems with private water concessions: a review of experience**

MARKUS MEURY

Die beiden Autoren legten im Juni 2003 eine Studie vor, die auf 35 Seiten (ohne Fussnoten und Literaturverzeichnis) die Problematik der Wasserprivatisierung mit neusten Beispielen und Trends beschreibt. Sie zeigen, dass die Privatisierung als Fiasko bezeichnet werden muss, ebenso wie die sogenannten Public-Private-Partnerships.<sup>18</sup>

Emanuele Lobina und David Hall legten im Juni 2003 eine Studie vor, die auf 35 Seiten (ohne Fussnoten und Literaturverzeichnis) die Problematik der Wasserprivatisierung mit neusten Beispielen und Trends beschreibt. Unter Privatisierung verstehen sie sowohl Totalprivatisierung wie auch die sogenannten Public-Private-Partnerships (PPP's). Letztere sind mehr im Trend, und tönen nach Miteinbezug der öffentlichen Organe. Doch in Wirklichkeit laufen PPP's oft darauf hinaus, dass die öffentliche Hand vom Wasserkonzern dazu gezwungen wird, das Risiko für :

- ?? Wechselkursverluste (der Investor bringt Dollars oder Euro, die Bevölkerung zahlt in der lokalen Währung) und Inflation (z.B. Philippinen, S. 12 ff; Buenos Aires, S. 16).
- ?? Unruhen bei zu hohen Wasserpreisen.
- ?? Zu kleinen Gewinnen für den Wasserkonzern (in Santiago de Chile und Cochabamba, Bolivien, wurden zum Beispiel ein fixer Profit festgelegt).
- ?? Zu übernehmen. PPP heisst also oft, dass die Firma vom Staat noch mehr

---

<sup>18</sup> [www.psir.org](http://www.psir.org)

Garantie für ihre Gewinne erhält. Im Jahr 2000 wurde das arme Land Paraguay gar gezwungen, von der Weltbank einen 20 Millionen-Franken-Kredit aufzunehmen, um die Vorbereitungen für die Privatisierung zu finanzieren, darunter drei Millionen für eine PR-Kampagne, um die Bevölkerung von der Privatisierung zu überzeugen... (S. 22).

In unzähligen Beispielen zeigen die Autoren, wie die Wasserfirmen zuerst mit attraktiven Offerten (oder auch via Korruption) von einem Land oder einer Stadt eine Konzession erhalten haben, um dann innert wenigen Monaten die Wasserpreise zu erhöhen, die Investitionen zu verkleinern oder eine Neuverhandlung des Vertrages mit besseren Konditionen für den Konzern (siehe oben) zu erzwingen. Die öffentliche Hand kann dem meist nichts entgegensetzen, da sie viel weniger Mittel für juristische Streite und technisches Knowhow für die Verhandlungen haben als die Konzerne. Zudem ist die Regierung oft abhängig von der Weltbank, die hinter dem Konzern steht. Oft werden die Verträge auch vor den lokalen Kontrollorganen geheimgehalten (Cochabamba, Bolivien, und Guinea), sodass Missbräuche durch die Firma nur nach langen Prozessen zu beweisen sind. In vielen Fällen geben die konzessionierten Firmen Aufträge statt an lokale Firmen an die eigenen Tochterfirmen, und zwar zu massiv überhöhten Preisen, um noch mehr zu profitieren.

Das Argument, dass die Armen von der Wasserprivatisierung profitieren, fällt nach der Lektüre dieses Dokumentes in sich zusammen.

?? In der Provinz Santa Fe in Argentinien verlangte die Firma etwa 2000 Franken für einen Anschluss ans Netz (S. 26), in anderen Ländern sind die Preise ähnlich unerschwinglich.

?? In Buenos Aires wurden Armenviertel erst durch die Fronarbeit der Einheimischen und eine Sondersteuer angeschlossen. Für die Weltbank nichtsdestotrotz eine Erfolgsgeschichte für die Privatisierung... (S. 32).

?? Die Firmen schliessen oft bewusst arme Gebiete gar nicht an (so in El Alto, Bolivien; Paraná, Brasilien, Cartagena, Kolumbien), S. 31).

?? Manchmal treiben die Unternehmen (zum Teil auf Geheiss des IWF auch bereits der Staat, vor der Privatisierung, um den Druck auf das spätere Unternehmen zu senken) die Preise in derartige Höhen, dass die Armen das Wasser wieder in unsauberen Quellen beschaffen (KwaZulu, Südafrika, wo danach eine Choleraepidemie mit 260 Toten ausbrach, S. 30f).

In den letzten Jahren haben die Firmen denn auch gemerkt, dass Wasser in den meisten Ländern kein Gewinngeschäft ist, wenn tatsächlich auch die Armen ans Wasser angeschlossen werden sollten. Die Firmen forderten die Weltbank und andere internationale Finanzinstitutionen auf, mehr Fonds für Wasserprivatisierungen zu äufnen, die dann als Kredite den Entwicklungsländern zugesprochen werden, damit diese die Investitionen schon mal tätigen können, damit der Wasserkonzern diese nicht zahlen muss.

Lobina und Hall zeigen, dass die Wasserprivatisierung wegen der fehlenden Konkurrenz, wegen der Gewinnmaximierungsphilosophie der Privatwirtschaft, welche die Überlebensfrage des Wassers nicht berücksichtigt und wegen der Macht der Konzerne ein Fehlschlag ist. Wenige Multinationale (Vivendi, Ondeo (Suez-Lyonnaise), RWE/Thames und SAUR (Bouygues) teilen sich nämlich den Kuchen praktisch auf. Die beiden Autoren schlagen vor, wieder mehr auf Knowhowtransfer zwischen öffentlichen Versorgern in Nord und Süd zu setzen und mehr direkte Hilfe für den Aufbau der Wasserversorgung zu leisten. Vor allem die Ideologie, dass die Wasserpreise kostendeckend sein müssten, ist für arme Bevölkerungen schlicht nicht anwendbar.

## **Recht auf Wasser heisst Recht auf Leben**

MARKUS MEURY

In diesem Artikel vom April 2005 werden neue Zahlen und Fakten zum Thema Wasser präsentiert. Inzwischen gibt es nämlich weltweite Bewegungen, die sich für den Zugang aller Menschen zum lebenswichtigen Wasser einsetzen. ChristNet war beim entsprechenden Alternativen Weltwasserforum (FAME) in Genf vom 17.-20. März dabei!

### **Ohne Wasser kein Leben**

Noch immer haben 1,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu hygienisch unbedenklichem Wasser. Und Zugang heisst, dass es in einem Umkreis von 3 Kilometern einen entsprechenden Brunnen oder Hahnen gibt. Nach Berichten der Weltbank sterben JEDES JAHR zwei Millionen Menschen an den Folgen von unsauberem Wasser, und 80% der Infektionskrankheiten in Ländern des Südens haben Ihren Ursprung ebenfalls in unsauberem Wasser.

Deshalb figuriert Zugang zu sauberem Wasser auch prominent unter den Millenniumszielen 4 und 7. Zur Verwirklichung dieses Zieles bräuchte es etwa 40 Milliarden Franken pro Jahr bis ins Jahr 2015. Dies tönt nach zwar nach viel Geld. Aber die Industrieländer haben schon vor bereits 35 Jahren versprochen, 0,7 % ihres Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe zu verwenden. Heute verwenden sie aber nur knapp die Hälfte dieser versprochenen Summe, Tendenz sinkend. Wenn sie nur schon die 0,1% mehr verwenden würden, würde die Summe in etwa zusammenkommen. Oder aber wenn nur schon ein Fünftel der (durch die Wucherzinsen eigentlich bereits zweifach zurückbezahlten) Schulden den armen

Ländern erlassen würden, könnten diese Länder mit den eingesparten Zinsen das Geld für das Wasser selber aufbringen!

Da die reichen Länder aber behaupten, sie könnten das nötige Geld nicht aufbringen, wird als «Alternative» die Privatisierung der Wasserversorgung der armen Länder durchgesetzt, um «privates Kapital zu mobilisieren». Dahinter stehen auch die europäischen Wassermultis wie Ondeo, Veolia, Saur und RWE, die riesige Profite machen können, da sie von den Verbrauchern so viel verlangen können wie sie wollen. Gleichzeitig sind aber die öffentlichen Gelder des Nordens für Wasser im Süden zwischen 1997 und 2002 von 2,7 Milliarden auf 1,4 Milliarden Dollar pro Jahr gesunken!

Diese Privatisierungen haben in vielen Ländern perverse Effekte gehabt (siehe dazu auch weitere Artikel auf [www.stoparmut.ch](http://www.stoparmut.ch)). Deshalb regt sich in den letzten Jahren weltweit der Widerstand. Die dabei engagierten Organisationen haben sich zum zweiten Mal im Rahmen eines Alternativen Weltwasser-Forums getroffen, diesmal in Genf vom 17.-20. März 2005. ChristNetSchweiz und ChristNetKongo (wegen Visumsproblemen allerdings verspätet) waren dabei. Hier ein paar Streiflichter zu den Diskussionen, den Beschlüssen und den zukünftigen Aktionen.

### **Neues zur Situation des Wassers in verschiedenen Ländern**

Zahlreiche Organisationen aus verschiedenen Ländern des Südens berichteten von Konsequenzen der Wasserprivatisierung:

- ?? In Manila (Philippinen) müssen die Bewohner, ob arm oder reich, nun das fünffache des vorherigen Preises für das Wasser bezahlen.
- ?? Im Norden von Delhi (Indien) sind auf Druck des privaten Wasserbetreibers die öffentlichen Wassertanks zerstört worden. Den Einwohnern wurde auch verboten,

selber Regenwasser auf dem Dach zu sammeln!

- ?? Dies hat weltweit bei lokalen Widerständen für Aufsehen gesorgt. Der Widerstand in El Alto (Bolivien) gegen die privaten Wasserbetreiber lief denn auch unter dem Slogan « Sie besitzen sogar den Regen ». In El Alto brachen gewalttätige Unruhen aus, nachdem die Preise ständig stiegen und von den Bewohnern mehrere Monatslöhne für einen neuen Wasseranschluss verlangt wurde. Die Schweiz war mit dem DEZA (Direktion für Entwicklungszusammenarbeit des Bundes) bei der Privatisierung mitbeteiligt!
- ?? Vertreter von Nicaragua, Niger und Moçambique berichteten von Erpressungen durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds IWF, bei denen sie Schulden haben. Die bitter armen Länder mussten der Privatisierung des Wassers zustimmen, um nicht von den Schulden erdrückt zu werden.
- ?? Es wurde aber auch von verschiedenen Erfolgen im Widerstand gegen die Privatisierungen oder in der Zurückgewinnung des Wassers unter demokratische Kontrolle berichtet. In Cochabamba (Bolivien) und Grenoble (Frankreich) zum Beispiel sind die Preise wieder stark gesunken und die Versorgung klappt sehr gut.

### **Was gefordert wird**

Es war an diesem Forum sichtbar schwierig zu bewerkstelligen, dass 1200 Teilnehmer von über 150 Organisationen sich innert drei Tagen auf gemeinsame Positionen und einen gemeinsamen Aktionsplan zu einigen. Vor allem dann, wenn man die im Bereich des Wassers geforderte Demokratie auch selber leben will... Und dies auch trotz der intensiven Vorarbeiten von intellektuellen Grössen wie Riccardo Petrella, Professor an der Universität Louvain in Belgien.

Hier die gemeinsamen Grundsätze und Forderungen, auf die man sich geeinigt hat:

- ?? Das Wasser muss als Recht für Alle in internationalen Konventionen besserverankert und durchgesetzt werden. Wasser ist untrennbar mit dem Recht



auf Leben verbunden, denn ohne Wasser kein Leben.

- ?? Das Wasser muss ein öffentliches Gut bleiben. Denn wo das Wasser einem privaten Besitzer gehört, da ist dieser berechtigt, Menschen vom Zugang auszuschliessen. Dies geschieht heute tatsächlich mehr und mehr, direkt oder auch indirekt über die immer höheren Preise. Vor ein paar Monaten wurde in Uruguay zum ersten Mal in einer Volksabstimmung gegenüber den Forderungen der Weltbank durchgesetzt, dass das Wasser öffentlich und für alle zugänglich bleibt. Die Toskana ist auch bald soweit. Lokal muss durchgesetzt werden, was bald international greifen soll.
- ?? Zur Finanzierung des Zugangs zum Wasser müssen die Länder des Nordens endlich ihre Versprechen einhalten. Es braucht auch neue Formen der Finanzierung der Infrastruktur, zum Beispiel durch öffentliche internationale Fonds, die nicht nach den Interessen der Länder des Nordens und der Multis funktionieren (wie heute die Weltbank und der IWF). Beim Wasserverbrauch soll ein progressiv steigender Tarif zur Anwendung kommen, damit ein Grundbedarf sehr günstig gedeckt werden kann, aber unnütze Verschwendung verhindert wird.
- ?? Zur Sicherstellung des Zugangs aller Menschen zum Wasser und zur effizienten Handhabung der Ressourcen muss die lokale Demokratie, also der Einfluss der betroffenen Menschen, gestärkt werden.

## **Aktionsplan**

Zur Durchsetzung dieser Forderungen wurden diverse Kampagnen und der Aufbau diverser Instrumente beschlossen. Als erstes sollen im Mai anlässlich der Verhandlungen der Welthandelsorganisation WTO Aktionen gegen den Einbezug des Wassers in die Freihandelsverträge (GATS) stattfinden. Die Länder des Südens stehen unter einem enormen Druck des Nordens, ihre « Wassermärkte » zu öffnen. Gleichzeitig wird an den Aktionärsversammlungen der Wassermultis öffentlich protestiert werden. Öffentlicher Druck auf Regierungen und Firmen ist der Schlüssel

für Veränderungen.

Gleichzeitig wurde die Einrichtung eines zentralen Komitees und eines ständigen Sekretariats beschlossen. Somit können Kampagnen und Informationen endlich etwas koordiniert und die Kräfte vereint werden. Nur die Finanzierung ist noch nicht so klar. Da haben es die Wassermultis einfacher. Sie haben Geld in Hülle und Fülle und unterhalten bei allen wichtigen Regierungen und Organisationen (Weltbank, WTO etc.) Lobby-Büros...

Eine tolle Initiative ist übrigens in Italien entstanden. Immer mehr Gemeinden und Regionen erheben auf der Wasserrechnung 1 Cent (eines Euro) pro Kubikmeter Wasser, der dann in die Finanzierung eines Wasserzugangs im Süden gesteckt wird. Die Tessiner Gemeinde Lamone macht auch mit.

### **Was können wir tun?**

- ?? Wenn Du Dich weiter ins Thema einarbeiten willst, kannst Du neben den auf dieser Website vorhandenen Texte zum Thema Wasser unter [www.fame2005.org](http://www.fame2005.org) die detaillierten Berichte und Dokumente lesen.
- ?? Die Koalition der Schweizer Hilfswerke ([www.swisscoalition.ch](http://www.swisscoalition.ch)) hat einen Arbeitskreis zum Thema Wasser. Informiere Dich, was grad läuft und wo man vielleicht mitmachen kann.
- ?? Schliesse Dich einer entsprechenden Aktion an, wenn auch einmal in Deiner Gemeinde die Frage des « Wasserrappens » aufkommt, dass ein Rappen pro Kubikmeter Wasser von Deiner Wasserrechnung für Wasserprojekte im Süden verwendet werden soll.
- ?? Mach mit, wenn es Aktionen zur Entschuldung der Länder des Südens, zur Erhöhung der Entwicklungshilfe oder zur Verhinderung des Einbezugs der

Lebensgrundlagen in den Freihandel (WTO) gibt. Du kannst gar den zuständigen Bundesräten Deiss (Wirtschaft) und Calmy-Rey (Aussenpolitik, damit auch Entwicklungshilfe) einen Brief schreiben, wo Du die Schweizer Behörden aufforderst, keine Projekte zur Wasserprivatisierung in den Ländern des Südens mehr zu unterstützen.



## **DRITTES KAPITEL :**

### **Alternativen zum dominierenden Wirtschaftssystem**



## **Quand l'ajout d'huile dans les rouages ne suffit pas...**

BEATRICE STEINER

Alors que les alternatives foisonnent, dans la société civile, dans le monde économique et politique pour pallier aux externalités sociales et écologiques engendrées par notre système économique actuel, l'auteur de ce texte formule l'hypothèse que, bien qu'intéressantes et nécessaires, les initiatives relatives au développement durable et social ne suffisent pas à rétablir l'équilibre. Le problème est davantage d'ordre structurel et résulte de biais intrinsèques au néolibéralisme. Il convient donc de prendre son courage à deux mains et d'oser envisager une sortie, à tout le moins partielle, de ce système de pensées/croyances. Sans prétendre proposer des solutions, l'auteur a cherché - en s'appuyant, pour ce faire, sur des auteurs qui ont longuement réfléchi à ces questions - à tracer quelques pistes qu'il conviendrait d'emprunter pour penser un autre monde, voire « d'autres mondes ».

Changer le système ? De nombreuses voix s'élèvent pour dénoncer ce qu'ils conçoivent comme une utopie. N'est-il pourtant pas plus utopiste encore de songer à améliorer la situation socio-écologique de notre planète tout en restant fermement arc-boutés sur notre système économique ? Parler de développement social, de mondialisation à visage humain ou encore de commerce équitable équivaut implicitement à supposer et à admettre que la mondialisation est intrinsèquement inhumaine, le développement asocial et le commerce inéquitable (Serge Latouche). Accepterait-on qu'un médecin pose un pansement sur une plaie béante? Certes, non. Sans pour autant révoquer le bien-fondé des initiatives allant dans le sens du développement durable et social, il convient de se rendre compte que celles-ci ne suffisent pas et que les problèmes sociaux et écologiques actuels ne relèvent pas d'un « simple manque d'huile dans les rouages ». Le problème est davantage d'ordre

structurel et résulte de biais intrinsèques au (néo)libéralisme. Voici, exposés très brièvement, quelques-uns de ces biais :

- ?? L'économie néolibérale définit l'acteur social comme un individu autonome, rationnel et égoïste. Cette définition ne tient pas compte du fait que les relations de pouvoir - et donc les inégalités - sont inhérentes à toute vie en société<sup>19</sup>. L'idée de rationalité pose, quant à elle, un problème d'ethnocentrisme : en quoi est-il plus raisonnable, au sens naturalisant du terme, d'accumuler de l'argent que de le distribuer à son réseau social, cette circulation permettant, en cas de besoin, « de tirer les tiroirs de la réciprocité » (N'Dione) ? Enfin, bien que les exemples d'actions égoïstes soient plus visibles que les pratiques altruistes, limiter la caractérisation de l'individu à ce seul adjectif paraît bien réducteur.
- ?? La théorie économie néolibérale - notamment du fait de sa mathématisation - ne tient pas compte de la notion de durée. Cette « ode à l'instant » se manifeste tout particulièrement dans la priorité qui est aujourd'hui accordée, dans nos sociétés occidentales, à la vitesse sur la lenteur, au présent sur l'avenir et à la jeunesse sur la vieillesse. Pour entrer dans un processus de développement durable, la prise en compte de la durée constitue pourtant un élément essentiel. De même que la notion d'irréversibilité. La quasi-totalité de notre économie se fonde sur des ressources minérales finies<sup>20</sup>. Celles-ci ne sont utilisables qu'une seule fois<sup>21</sup>. L'utilisation de ces ressources minérales - contrairement aux

---

<sup>19</sup> La théorie dite de la « dépendance » (Prebisch, Singer) n'est plus à l'ordre du jour aujourd'hui. Cette théorie permettait pourtant de sortir de l'idée selon laquelle - idée partie prenante des explications fondées sur l'offre et la demande - les produits primaires seraient inférieurs aux produits manufacturés. Selon Singer et Prebisch, ce ne serait pas la nature du produit qui est en cause mais bien la matérialisation des rapports de force en présence. Cette théorie, qui prend en compte les rapports de force et de pouvoir au niveau international, a donc été littéralement « expulsée » des théories communément appliquées en économie.

<sup>20</sup> Une fois que celles-ci seront utilisées dans leur totalité, il nous faudra attendre des millions d'années avant de pouvoir en renouveler les stocks.

<sup>21</sup> Celles-ci sont, en effet, soumises à la loi de la thermodynamique, loi qui démontre que le processus de transformation de l'énergie disponible en énergie non disponible est irréversible. Ainsi, pas plus que l'eau de la mer ne remontera les rivières et les chutes, pas plus l'énergie que la vie a rassemblée pour



ressources biotiques (soleil...) - est donc irréversible et le seul principe du recyclage ne suffit pas pour appréhender la longue durée (Georgescu-Roegen).

?? Nous sommes aujourd'hui confrontés, de manière plus ou moins diffuse, à l'envahissement par l'économie des différentes sphères sociales. Le vocabulaire économique a ainsi littéralement colonisé (Serge Latouche) - les termes ressources, croissance, management ou encore efficacité se retrouvent conjugués à tous les temps et sur tous les tons - aussi bien le monde de l'école, du social que de l'écologie. Pour rester dans le registre des mathématiques, il est aujourd'hui frappant de constater combien tout doit être potentiellement mesurable pour être pris en compte. Le bien-être, le développement humain, la pauvreté<sup>22</sup> se résument à une somme de chiffres, généralement en lien avec la notion de consommation. Quant à ce qui n'est pas calculable, tel que le bonheur, la convivialité ou encore le lien social, ces éléments ne sont purement et simplement pas pris en considération. Parlant de la pauvreté, Majid Rahnema observe que dans le « novlangue » (Orwell) du village planétaire, le pauvre est dépossédé de tout ce qui fait de lui un être humain unique et réduit désormais aux seules données statistiques...« Il n'est que le bénéficiaire d'un revenu dont le montant est calculé à partir d'un "seuil de pauvreté" ». <sup>23</sup> (Rahnema, 2003 : 128)

?? Le présupposé du déterminisme économique doit également être remis en question. L'idée selon laquelle les sociétés transiteraient nécessairement par certaines phases déterminées de développement - société traditionnelle (chasseur cueilleur), société agraire, société industrielle, société post-industrielle

---

l'abandonner à la postérité sous forme de charbon, de pétrole ou de gaz, ne se reconstituera d'elle-même après avoir chauffé nos maisons et assuré le déplacement de nos véhicules. (Encyclopédie de l'Agora)

<sup>22</sup> Le PNUD définit le niveau de pauvreté dans un pays selon un « indice de pauvreté humaine ». Cet indice se calcule en mesurant les trois aspects de développement humain que sont la longévité, l'éducation et le niveau de vie.

<sup>23</sup> Cette définition statistique constitue, explique Majid Rahnema, une réduction drastique de la réalité et fait oublier que la pauvreté n'a, pendant des siècles, nullement été considérée comme une notion univoque. Il existe plusieurs formes de pauvreté - sociale, financière, spirituelle, etc. - et la signification de cette notion dépend de son insertion conceptuelle.

- est très prégnante dans l'imaginaire (néo)libéral<sup>24</sup>, de même que dans celui du marxisme<sup>25</sup>. Cette détermination économique est critiquable d'un point de vue tant économique que déterministe :

- D'un point de vue économique, les contre-exemples fleurissent pour démontrer que l'instauration du libéralisme économique dans un pays ne suffit pas pour que démocratie s'ensuive (Corée du Sud, Taiwan, etc.). L'argument contraire - démocratie => libéralisme - n'est pas davantage prouvé.
- Ce postulat déterministe barricade le passage à toute alternative potentielle de développement. Le (néo)libéralisme - comme cela a été le cas pour le marxisme - constituerait, aux yeux du discours dominant, l'unique système pensable. Tout ce qui aspire à s'en éloigner tend donc à être considéré comme un échec ou une transition momentanée. La politique de la Banque mondiale et du FMI à l'égard des pays du Sud, à travers les plans d'ajustement structurel, est caractéristique de cette réduction du champ des pensables. Pour continuer de percevoir une aide financière, les pays du Sud sont contraints d'adapter leur politique aux normes néolibérales (moins d'État, mise en avant des exportations au détriment de tout ce qui a trait à la production et à la consommation locale, etc.) Lorsque - comme c'est bien souvent le cas - ces politiques d'ajustement structurel échouent, l'idée selon laquelle celles-ci seraient inadaptées à la situation socio-économique de ces

---

<sup>24</sup> Nous retrouvons ici les célèbres cinq phases de la théorie renommée de Walt Whitman Rostow. Selon cet économiste américain, le développement des sociétés passe automatiquement par les phases suivantes : la société traditionnelle, les conditions préalables au démarrage, le décollage (take-off), le progrès vers la maturité et l'ère de la consommation de masse, cette étape finale représentant l'idéal à atteindre.

<sup>25</sup> Marx dégage quatre modes de productions nés de la lutte des classes : le mode patriarcal de production, l'économie fondée sur l'esclavage, l'économie féodale, l'économie capitaliste. Si la lutte des classes aboutit nécessairement à la dictature du prolétariat, cette dictature ne constitue, en fait, qu'une période de transition vers la suppression de toutes les classes. Selon Marx, les différentes étapes de développement de la société moderne sont la démocratie, le socialisme et le communisme.

pays ne vient pas à l'esprit des agents des ces institutions internationales<sup>26</sup>. Ceux-ci considèrent, au contraire, que ces ajustements n'ont pas correctement été mis en œuvre. Nombreux sont ainsi les pays du Sud - notamment en Afrique subsaharienne - à entamer leur quelque dixième plan d'ajustement structurel.

## **Quelques pistes**

Evoquer ces biais intrinsèques au système économique (néo)libéral est une chose. Concevoir des alternatives en est une autre. Les lignes qui vont suivre n'ont pas la prétention de s'apparenter à des solutions. Je souhaiterais simplement tracer ici quelques pistes qu'il conviendrait d'emprunter pour penser un autre monde, voire «des autres mondes».

## **Revenir aux questions simples**

Le retour aux questions simples constitue un véritable préalable pour s'extraire de la vulgate néolibérale. En effet, sous le flot de chiffres dévidés par les économistes et autres chantres du libéralisme résident des interrogations élémentaires - mais combien percutantes - qu'il convient de remettre sur le tapis. Comme le constate, à ce propos, Marie-Dominique Perrot, « les questions les plus directes s'imposent ici pour interroger ce qui mérite de l'être mais qui demeure, pour différentes questions, hors champ : la vie meilleure est-elle assurée par le "développement" ? Qui décrète ce qu'est "une vie bonne, ou réussie, ou digne" et pour qui ? Quel "développement" ? Quel progrès, et pour qui ? A quel prix, qui le paie, qui floue-t-on ? Qui définit le "développement", à l'aide de quels critères ? Quels sont les moyens mis à disposition, par qui ? Comment assurer un jeu gagnant-gagnant à tous les acteurs ? Est-ce possible ? Quels sont les acteurs sociaux "réels" ? Quelles classes sociales, quels pays le "développement" a-t-il favorisé jusqu'ici, où et à quel prix, pour combien de temps, pour quels groupes sociaux, et quid de l'environnement dans tout

---

<sup>26</sup> La violence symbolique de ce discours est telle que les habitants des Etats qui n'ont pas d'intérêt à la mise en œuvre de ces politiques économiques en viennent eux-mêmes à souhaiter la libéralisation de leur économie.

cela ?» (Perrot in Comélieu, 2003 : 44-45) Cette liste de questions pourrait être allongée à l'infini. Chacun des termes « progrès », « développement », « efficacité » devrait passer au crible de ce questionnement. Tout comme, d'ailleurs, le terme « croissance ». Alors que nos oreilles absorbent quotidiennement leur lot d'expressions relatives à la croissance, le lien fréquemment tiré entre « mieux-vivre » et « croissance économique » est bien naïf, voire dangereux. D'où l'impératif de décomposer cette notion et de s'interroger : « la croissance de quoi ? », « au profit de qui ? », « au détriment de quoi ? »

### **Sortir des solutions monolithiques**

« Mais que proposez-vous à la place ? » Ce questionnement récurrent des « anti » anti-mondialistes freine l'élaboration d'alternatives. En effet, cette interrogation sous-entend l'interrogation suivante : « Que proposez-vous pour TOUS ? ». Existe-t-il une solution qui convienne à tout le monde ? Les grandes idéologies en « isme » - aussi bien le libéralisme, le communisme que le fascisme - ont pourtant montré leurs limites. Comme le font observer Florence Aubenas et Miguel Benasayag, « penser le monde comme une "globalité" n'est pas la réalité mais un effort pour tenter de la dominer, conduisant précisément à cette même impasse : la condamnation à accepter qu'une structure surplomberait le réel, seul lieu depuis lequel il serait possible de faire quelque chose ». (Aubenas, Benasayag, 2002 : 95-96) Ne conviendrait-il pas de cesser de se concentrer exclusivement sur la recherche de solutions monolithiques pour oser imaginer une palette de moyens. Alors que des projets intéressants fleurissent à travers le monde - les réseaux d'échange de services et de savoirs (SEL), les Jardins de Cocagne, etc. - pourquoi ne pas envisager ces diverses alternatives pour elles-mêmes, sans percevoir forcément celles-ci comme des simples réponses précédant une solution universelle ?

### **Agir local, penser local**

L'impératif « agir local, penser local » préconisé par Florence Aubenas et Miguel Benasayag est essentiel pour retrouver - ou tout au moins développer - une certaine cohérence personnelle. Manifester en faveur d'une plus grande justice globale sans pour autant tenir compte du fait que sa propre consommation influence la vie de millions de personnes à l'autre bout de la planète (salaires, conditions de travail, etc.) est un signe d'aveuglement, plus ou moins volontaire. Nous ne pouvons, et cela aussi bien du point de vue écologique et social, continuer de consommer tel que nous le faisons actuellement tout en prétendant aider le reste de l'humanité. Les deux credos sont inconciliables, leur combinaison revient à se voiler la face derrière un halo de bonne conscience.

### **S'extraire d'une conception « naturalisante »**

Afin de contrer l'idée déterministe selon laquelle l'ensemble des sociétés devrait se développer de manière identique, il importe de se rendre compte que cette conception de l'économie, et plus largement de la société, est temporellement et spatialement limitée. La perception de la société comme une somme d'individus autonomes, rationnels et égoïstes fait davantage figure d'exception que de règle<sup>27</sup>. Une manière de sortir de cette conception naturalisante<sup>28</sup> est, comme le rappelle Marie-Dominique Perrot, de pratiquer le détour historique et culturel. Pourquoi ne pas oser quelques infidélités à notre imaginaire pour observer comment cela se passe ailleurs. Ce voyage à travers le temps et l'espace implique de sortir de l'opposition manichéenne « rationalité versus non-rationalité » et de placer sur un même plan plusieurs types de pensables. « ...pourquoi devrait-on traiter comme un

---

<sup>27</sup> Yvan Mudry rappelle qu'il s'agit là en effet « d'un phénomène très récent, marginal avant le XVIIIème siècle (selon Fernand Braudel, le capitalisme serait encore plus récent, puisqu'il représenterait la zone de grand profit de l'économie de marché). L'approche a aussi permis de prouver, avec Karl Polanyi entre autres, que le marché est moins naturel et spontané qu'imposé par des pouvoirs qui y ont intérêt. » (Mudry, 2003: 110)

<sup>28</sup> La relativisation de l'universalisme du système (néo)libéral est cependant d'autant plus difficile à pratiquer que cette théorie a été - est - injustement imposée au rang de « sciences » (sciences économiques). Une prétendue science qui repose, comme nous l'avons vu, sur des fondements des plus critiquables.

archaïsme, une survivance, une anomalie contemporaine appelée à disparaître, les sociétés qui ne découpent pas la réalité en tranche, en disciplines et en secteurs, qui ne perçoivent pas le monde en présupposant la rareté de ses ressources, ni ne croient à l'existence de besoins illimités, et pour lesquelles ni l'économie, ni l'art, ni la religion, n'existent ? Au nom de quoi dénier le principe même de la rationalité à certaines formes possibles d'existence humaine si ce n'est au nom d'une vision évolutionniste et sociocentrique ? » (Perrot in Comélieu (dir.), 2003 : 46-47)

Cette pratique du détour permet de s'apercevoir que ce que nous pensons être un fondement économique inébranlable - j'entends ici la notion d'accumulation - est beaucoup moins naturel qu'il n'y paraît. L'anthropologue Emmanuel Ndione explique, en effet, en prenant l'exemple d'un quartier de Dakar, que l'accumulation n'a aucun sens social dans cette société. Aussitôt en mains, les billets doivent circuler : prêts, remboursements, etc. La circulation financière est extrêmement bien développée. Ces pratiques d'échange - dont l'objectif n'est pas le « donné-rendu » mais au contraire de ne pas « tomber à zéro » - permettent notamment de revivifier le réseau social de l'individu.

### **Echange conceptuel**

Ce détour spatio-historique - de même que de manière plus générale cette déconstruction des présupposés fondateurs du système économique néolibéral - devrait nous permettre de pratiquer un échange conceptuel et de replacer au centre de l'analyse certaines notions qui ont trop longtemps été considérées comme une quantité négligeable :

#### Echange vitesse contre durée

Faire acte de désobéissance, non pas civile mais horlogère, pour retrouver le temps de vivre, de respirer, de sentir, d'écouter, de penser. Quitter - ou du moins tenter, autant que possible, de le faire - les affres du zapping, de la nanoseconde qui nous sont imposés par les horloges, ordinateurs et palms en tout genre. Cette notion temporelle est d'autant plus essentielle qu'elle constitue un préalable incontournable pour penser la convivialité et la simplicité.

### Echange individualisme exacerbé contre réseau social et convivialité

Prendre le temps de vivre, c'est avant tout prendre le temps de rencontrer autrui. Cette rencontre avec l'autre - que celui-ci s'écrive avec un A majuscule (divin) ou un a minuscule - ne constitue-t-elle pas l'essence même de la Vie? Ainsi que le résumait si bien Ivan Illitch : « nous pouvons être, les uns pour les autres, une source de clarté et de bonté. Cela, plus quelques spaghettis, c'est tout ce que nous avons à partager. » (Illitch in Rahnema, 2003 : 313) Rompre avec l'individu comme seul être égoïste et prompt à l'accumulation, c'est également entrer dans une logique du don, du reçu et du rendu. C'est savoir prêter à une connaissance/ami lorsque celui-ci en a besoin mais aussi - ce qui ne va pas sans peine lorsque l'on a reçu une éducation protestante/libérale prônant l'idée selon laquelle il convient surtout de ne rien devoir à personne - de recevoir d'autrui en cas de besoin.

### Echange idéal du « toujours plus » contre simplicité

Enfin, alors que la pauvreté et la richesse ont longtemps été appréhendées comme des entités autonomes, Majid Rahnema rappelle que ces deux notions doivent impérativement être re-couplées. Contrairement aux credos de la Banque mondiale et du PNUD, il convient, pour lutter contre la pauvreté, de s'en prendre d'abord aux modes de consommation des pays riches. Les racines de la misère que connaît actuellement une large partie de notre planète ne se trouvent pas dans leur situation de « non-richesse » mais celle-ci est en grande partie induite par l'opulence dont jouissent quelques pour-cent de nantis. D'où l'importance de ne pas s'en prendre aux modes de vie et de production des pauvres mais aux institutions qui créent systématiquement la misère et aux formes de richesses qui engendrent la pauvreté, explique Rahnema. « Il faudrait se donner comme objectifs la destruction des centres de production de la rareté, l'élimination de toutes les armes destructives ou répressives et la lutte contre tous les systèmes politiques, économiques et sociaux qui perpétuent la violence, la convoitise et la misère morale en particulier ». (Rahnema, 2003 : 303-304)

Bien que nous soyons désormais techniquement capables de nourrir neuf milliards de personnes, plus d'un milliard de pauvres souffre directement de malnutrition, voire se trouve menacé de famine. (Rahnema, 2003 : 302) Cessons donc de rêver que l'ensemble de la planète puisse un jour accéder à notre train de vie consumériste.

Ceci est proprement impossible, sous peine d'assécher notamment en eau et en pétrole notre planète. Achéons donc de nous réveiller et adoptons un style de vie plus simple. Cette pauvreté choisie nous permettra non seulement, à travers le dépouillement, d'apprécier davantage ce que nous possédons mais surtout que tous - et non plus une seule minorité de privilégiés - y aient accès.

## Conclusion

« Etre dans le monde mais non du monde »: cette double apostrophe formulée par Jésus à l'égard de ses disciples - et qui, de là, parle aux chrétiens de manière générale - dans le livre de Jean au chapitre 17 (v. 16) est particulièrement interpellante dans ce contexte de recherche d'alternatives. Bien que le salut des âmes constitue une préoccupation centrale dans le monde chrétien, particulièrement chez les évangéliques, cette mission ne remplit qu'en partie le fait de se trouver dans le monde. « Etre dans le monde », c'est également se préoccuper et se sentir solidaire de ce qui arrive à notre prochain, que celui-ci réside sur notre palier ou à l'autre bout de la planète. Nous ne pouvons nous contenter d'observer par le petit bout de la lorgnette - en l'occurrence l'écran de notre télévision - les catastrophes sociales et écologiques qui secouent notre monde. Il nous faut prendre position et sortir d'état de tiédeur tant décrié dans le livre de l'Apocalypse (Apocalypse 3, v. 16)

« Etre dans le monde » - et donc solidaire avec notre prochain, ici et là-bas mais également aujourd'hui et demain<sup>29</sup> - mais non pas « du monde » ! Voilà qui peut paraître quelque peu inconfortable. Pourtant, en reprenant les quelques pistes d'alternatives évoquées ci-dessus, l'on constate que cette pseudo contradiction se laisse dénouer relativement aisément. Alors que le leitmotiv actuel de notre société gravite autour de la consommation, de la croissance, de l'égoïsme individuel, du « tout, tout de suite », de l'accumulation et de la vitesse, la recommandation faite aux chrétiens de ne pas être « du monde » ne revient-elle pas à entrer dans une démarche alternative et donc à rejeter ces credos de démesure et de puissance ? Sans pour autant réinterpréter les Saintes Ecritures pour les amener à justifier ce

---

<sup>29</sup> Les générations à venir constituant également notre prochain.



texte, force est de constater que la Bible regorge de situations « alternatives » au sens où nous les avons décrites précédemment. Pour ne prendre que quelques exemples :

Le livre de la Genèse rappelle que l'Homme a été créé à l'image de Dieu. Malgré la nature pécheresse de l'Homme, comment, dès lors, limiter sa caractérisation à son seul égoïsme? Les qualités d'Amour et de Justice inhérentes à la figure trinitaire de Dieu ne constituent-elles pas un appel à sortir - tout au moins à tenter, dans les limites de notre humanité, de le faire - de cette étiquette qui nous est accolée par la théorie néolibérale pour entrer dans une démarche plus altruiste et surtout plus complexe ?

Jésus représente la plus grande figure alternative qui ait existé. Par sa mort tout d'abord : payer - au prix d'atroces supplices - pour le péché d'autrui constitue l'une des plus grandes aberrations aux yeux de notre monde. Cela d'autant plus lorsque la victime crucifiée est exempte de tout péché. Mais également par sa vie : combien de fois Jésus n'a-t-il replacé, au cœur de ses messages, les pauvres, les petits, les orphelins ? A savoir précisément les personnes qui tendent à être placées en « marge » de notre société.

Jésus n'a-t-il pas également rappelé à ses disciples, lors de leur envoi - reprenant ainsi l'image du peuple d'Israël, dans le désert, qui ne pouvait ramasser de la manne que pour un seul jour et qui devait ainsi faire confiance à Dieu pour leur avenir - qu'ils ne devaient emporter qu'un seul manteau avec eux lors de leur ministère itinérant ? « Ne prenez ni or, ni argent, ni monnaie dans vos ceintures ; ni sac pour le voyage, ni deux tuniques, ni souliers, ni bâton ; car l'ouvrier mérite sa nourriture. Dans quelque ville ou village que vous entriez, informez-vous s'il s'y trouve quelque homme digne de vous recevoir, et demeurez chez lui jusqu'à ce que vous partiez. » (Matthieu 10. 9-11) Jésus sous-entend ici que tout le reste sera pourvu par les frères et sœurs qui les accueilleront. Confiance en les bienfaits de Dieu, activation du principe de solidarité humaine mais également simplicité de vie participent de cette recommandation de Jésus à ses disciples.

Alors que cette thématique des alternatives n'est en rien fermée ou résolue, je conclurai cet article par une série de questions. Paul rappelle dans la première épître aux Corinthiens (chapitre 6, v. 27-31) que « Dieu a choisi les choses folles du monde pour confondre les sages ; Dieu a choisi les choses faibles du monde pour confondre les fortes ; et Dieu a choisi les choses viles du monde et celles qu'on méprise pour réduire à néant celles qui sont afin que personne ne se glorifie devant Dieu ». Quelles sont aujourd'hui les choses folles et viles aux yeux de notre monde vers lesquelles les yeux de Dieu se tournent en priorité ? Qui sont les faibles, les méprisés? Lesquelles de ces brebis le Bon Berger porterait-il en priorité sur ses épaules pour les amener avec douceur et tendresse à la bergerie ?

## Alternatives à la mondialisation néolibérale : quelques pistes

VINCENT LECHAIRE

Quelle alternative à la mondialisation néo-libérale ? Cette question, souvent posée, mérite un détour. Le texte qui suit n'a pas la prétention d'y apporter une réponse mais d'explorer quelques alternatives possibles et cela à plusieurs niveaux : au niveau mondial, national mais aussi dans le monde du travail, dans le domaine de la citoyenneté et de la consommation. Enfin, l'auteur de l'article a élaboré un tableau afin de comparer les valeurs, les croyances et les principes néolibéraux à ceux défendus par les mouvements favorables à une autre mondialisation.

### Valeurs

Des valeurs de base découlent une orientation générale, des directions spécifiques selon les différents domaines d'application. C'est pour cela qu'il n'y a pas une alternative à la mondialisation, mais des alternatives selon des valeurs généralement différentes du néolibéralisme. Il faut se fédérer derrière d'autres valeurs.

<b>Valeurs, croyances et principes néolibéraux</b>	<b>Valeurs, croyances et principes altermondialistes</b>
Responsabilité individuelle...	mais aussi collective
Liberté individuelle...	mais aussi solidarité
Individualisme	Individu et communauté
Maximum de profit, rentabilité	Profit et rentabilité d'une façon éthique, profit comme moyen et non comme but
Croissance	Commerce éthique et redistribution
Sécurité par la force...	mais aussi par un dialogue, des conditions de vie décentes et le respect des Droits de l'Homme pour tous
Efficacité	Efficacité d'une façon éthique
Coût minimal	Coût humain, social, culturel, écologique

Minimum de dépenses, économies	Des dépenses inévitables, des recettes possibles
Rôle minimal de l'Etat (sécurité)	Rôle public et redistributif de l'Etat
Marché autonome et rationnel	Règles au marché irrationnel
L'économie, un sujet d'experts...	mais aussi du citoyen
Lutte contre la pauvreté des pays en voie de développement	Réel 'développement' autonome des 'pays en voie de développement' avec un gouvernement de confiance sans mise sous tutelle ; échec de la lutte contre la pauvreté (paupérisation) de l'économie néolibérale
Privatisation	Service public à garantir, privatisation possible selon les domaines (pas de privatisation si domaine vital)
Libre circulation des biens et des capitaux	Protection de certaines économies, contrôle et taxation des capitaux ; aide aux PME
Avantages comparatifs (priorité aux pays producteurs les plus efficaces)	Prise en compte de la culture, du tissu social, du coût écologique et de l'indépendance
L'économie néolibérale amène la démocratie	L'économie néolibérale n'a pas de lien avec la démocratie (mais parfois avec les dictatures, cf. la Chine, l'Arabie Saoudite,...) et s'enrichit dans des pays qui violent les Droits de l'Homme (Russie, Israël,...)
Il n'y a pas d'autres modèles possibles	D'autres modèles sont possibles (diversification de la presse et autocritique face à l'endoctrinement)
Main invisible qui règle le marché (loi de l'offre et de la demande)	Règles face au marché (par ex. prix minimum pour les petits producteurs, pénalités en cas de délocalisation/fusion et harmonisation de la protection du travail et de l'écologie au niveau mondial)
Assistance minimale	Aide dans la dignité, autonomie visée
Don libre et naturel chez l'Homme	Partage à instaurer car pas inné chez l'Homme
Egalité des chances présumée... (quand on veut, on peut)	Inégalité des chances, chances à rééquilibrer
Loi du plus fort	Loi et protection en faveur du plus faible
Besoin de personne (force du poignet)	Interdépendance, parfois besoin d'aide
Chômage car paresse et/ou parfois faute aux étrangers	Chômage structurel car manque de travail (fusion, délocalisation des multinationales...) et saturation des marchés
Esprit d'initiative	Esprit d'initiative
Fonctionnaires incapables	Fonctionnaires de toutes sortes
Service public non efficace	Efficacité plus ou moins grande dans le public et le privé

	selon les services et améliorations toujours possibles
Pouvoir de l'économique via le politique	Pouvoir du politique sur l'économique
Commerce avec le monde entier	Boycott des pays qui violent les Droits de l'Homme (et pressions pol.) en prenant garde aux besoins élémentaires de la population
Parfois utilisation de la violence pour créer de nouveaux marchés (par ex. commerce du pétrole et des matières premières) et pour réprimer les 'non-adhérents' (par ex. manifestations)	Pacifisme et libre adhésion
Spéculations boursières souvent à court terme (sans se soucier des conséquences sur le terrain)	Investissements éthiques à moyen ou long terme rémunérés
Pensée à court terme	Pensée à court, moyen et long terme (générations futures)
Fatalisme face à cette mondialisation	Changements possibles
Très peu d'autocritique vis-à-vis des conséquences de ce type d'économie	Critique et autocritique
Foi dans le marché et dans l'argent	Foi en un idéal, une spiritualité et/ou en l'homme
Réalité (fondée sur une utopie)	Utopie puis réalité
L'homme au service de l'économie pour le bénéfice de quelques-uns	L'économie au service de l'homme pour le bénéfice du plus grand nombre
Ultra-capitalisme (ultra -compétitivité)	Capitalisme très réglementé et autres formes d'économie telles que le don, le troc, l'échange, la coopération...
Le profit à tout prix	Economie solidaire et respect des droits de l'Homme

## **Alternatives au niveau mondial**

- ?? Trouver des moyens de mettre en pratique les valeurs alternatives dans tous les domaines. Etre imaginatif, créatif, en bref : faire preuve d'initiative...
- ?? Renforcement de l'ONU et du politique en général face aux intérêts uniquement économiques du Fond Monétaire International (FMI), de la Banque mondiale (BM), de l'Organisation Mondiale du Commerce (OMC), des multinationales et des actionnaires. Réglementation éthique au niveau social, écologique, culturel...
- ?? Lignes de conduite générales et représentants élus par les peuples issus de régimes démocratiques dans les institutions internationales (ONU, FMI, BM, OMC...).
- ?? Pour une réforme radicale du FMI, de la BM et de l'OMC.
- ?? Pour une mondialisation des Droits de l'Homme (via des commissions d'observations dotées de forts pouvoirs) en utilisant l'économie, la médiation et une force d'intervention internationale comme moyen de pression plutôt que comme moyen de s'enrichir en fermant les yeux.
- ?? Fin de la politique d'austérité du FMI et de l'OMC qui réduit des peuples entiers à la misère. Réelle politique de développement dans les pays concernés, visant entre autre leur indépendance plutôt que leur mise sous tutelle et le pillage économique effectués par les pays industrialisés et les multinationales. Annulation ou conversion en projets de développement de la dette du 'Tiers-Monde'.
- ?? Pour des relais politiques de la pensée alternative sans 'noyauter' cette dernière au niveau mondial, continental et national.
- ?? Pour des règles au niveau mondial et national visant à décourager les délocalisations qui ont pour but de maximiser les profits en minimisant les dépenses (écologie, salaires, conditions de travail...)
- ?? Fin de la privatisation des biens et services vitaux (eau, santé, éducation, électricité, poste, certains transports, etc.). Prix accessibles à tous (surtout aux défavorisés).
- ?? Augmentation des ressources des Etats par la taxation des plus grosses fortunes et des revenus financiers plutôt que par la diminution des dépenses sur le dos de

la population (santé, éducation, social, environnement...). Fin de la privatisation des secteurs rentables de l'Etat.

- ?? Investissement réel à long terme dans les petites et moyennes entreprises (PME) et dans la création d'emplois plutôt que dans les spéculations financières à court terme.
- ?? Pour des placements éthiques à long terme et l'arrêt des spéculations financières à court terme (actions en bourse).
- ?? Pour un système moins sécuritaire et plus démocratique (liberté de manifester)
- ?? Pour une décriminalisation des opposants à la mondialisation néolibérale et une justice face au 'terrorisme financier' (surveillance des transactions financières 'douteuses')
- ?? Pour des banques pour les pauvres (prêts pour investissement à taux faible), à l'instar de la banque Granmeen
- ?? Partage du travail (si possible), droit à un revenu minimal pour tous avec en contrepartie une activité (d'intérêt public par exemple) qui respecte la dignité humaine.
- ?? Pour le développement de nouveaux secteurs utiles à la collectivité (protection de l'environnement, énergies renouvelables, programmes de prévention, amélioration de la qualité de vie sociale dans les pays industrialisés, investissements éthiques dans les pays en voie de développement...) visant à relancer l'emploi plutôt que l'investissement dans des énergies polluantes, un secteur financier qui maximise le profit des plus riches sans se soucier des conséquences sur le terrain (hausse du chômage, pollution, exploitation...), l'armement, la création de nouveaux besoins inutiles...
- ?? Réflexion sur une séparation des pouvoirs (politiques et économiques).
- ?? Pour des médias plus critiques et moins soumis à l'endoctrinement de la pensée néolibérale.

## **Alternatives au niveau national**

- ?? Trouver des moyens de mettre en pratique les valeurs alternatives dans nos différents domaines (engagements, travail...), là où nous sommes actifs.
- ?? Relais des idées mondiales sur le plan national et pressions populaires.
- ?? Demande au ministre de l'économie de représenter les intérêts de la société civile et des défavorisés au FMI et à l'OMC plutôt que de défendre les intérêts des multinationales.
- ?? Dénoncer les alliances économiques de la Suisse avec certains pays, l'accueil de certains dictateurs et la gestion de leur argent dans nos comptes...
- ?? Dénoncer le secret bancaire.
- ?? Dénoncer la baisse des budgets au niveau du social, de l'encouragement aux énergies renouvelables et de l'aide au développement.
- ?? Taxer davantage les grosses entreprises, qui bénéficient d'un des taux les plus bas d'Europe.
- ?? Ne pas nous replier sur nous-mêmes. Etre critique face aux discours de beaucoup de politiciens qui mettent l'accent uniquement sur la croissance, la réduction des dépenses, la sécurité et les idées xénophobes. La cause du chômage est ailleurs, et ceux qui rejettent la faute sur les étrangers tout en occupant des postes importants sont souvent les premiers bénéficiaires de notre économie néolibérale.
- ?? Refuser le repli identitaire (souvent nationaliste, voire extrémiste), mais adopter des valeurs qui peuvent aller à contre-courant dans notre société.
- ?? Militer pour une école affichant d'autres valeurs que la compétition et la sélection en prônant l'exigence, la coopération et l'orientation.
- ?? S'opposer aux propriétés privées quand elles monopolisent un espace naturel en empêchant tout passage public.
- ?? S'opposer à ceux qui pensent que les matières premières sont leur propriété personnelle, alors que le monde appartient à tous les Hommes.
- ?? Etc.



## **Ce que je peux faire en tant que citoyen**

- ?? M'informer par le biais de médias critiques (ex : le Courrier, le Monde Diplomatique...) et de personnes engagées et informer moi-même.
- ?? M'engager dans le mouvement altermondialiste (par ex. ChristNet, Attac...) d'une manière pacifiste mais ferme.
- ?? Aller voter (en étant très critique par rapport aux arguments du Conseil fédéral...).
- ?? Manifester.
- ?? Faire des dons réguliers à différentes institutions dans les domaines sociaux, écologiques, humanitaires, de développement, médiatiques, altermondialistes, politiques...
- ?? M'engager dans la politique.
- ?? M'engager dans les médias alternatifs.
- ?? Etc.

## **Ce que je peux faire dans le monde du travail**

- ?? Lutter dans mon travail pour les valeurs alternatives.
- ?? Me faire respecter en ayant des conventions collectives de travail (oser lutter avec un syndicat, en allant jusqu'à la grève s'il le faut...)
- ?? Si je suis patron, faire attention aux conditions de travail.
- ?? Etc.

## **Ce que je peux faire en tant que consommateur**

- ?? Les consommateurs ont un grand pouvoir sur le plan de la consommation et nous sommes tous des consommateurs.
- ?? M'informer sur ce que nous consommons au niveau éthique (social et écologique) et informer mon entourage. Consommer éthique (ex : Max Havelaar, Clean Clothes, les produits qui ne viennent pas de trop loin et, partant, sont moins

- polluants, bio...). Il est clair qu'il est impossible de tout éviter (la plupart des produits sont issus des multinationales) mais nous pouvons faire le 'moins pire'.
- ?? Dresser des produits à privilégier et de ceux qui sont à boycotter le plus possible (comme par ex. ceux en provenance de pays qui ne respectent pas les Droits de l'Homme comme la Chine, la Russie...)
  - ?? Faire pression sur certaines entreprises (lobbies de consommateurs) afin que celles-ci deviennent plus éthiques.
  - ?? Gérer ma maison en favorisant les énergies renouvelables.
  - ?? Placer mon argent dans des fonds éthiques (ex : Banque Alternative, Oikocrédit), refuser la spéculation boursière (aussi pour le troisième pilier).
  - ?? Faire attention à la surconsommation (biens, énergie, ressources naturelles comme l'eau)
  - ?? Essayer d'éviter de laisser des appareils électriques branchés car ils consomment même sans être utilisés...
  - ?? Echanger des services.
  - ?? Faire du co-voiturage ou s'inscrire à Mobility, boycotter certaines stations services.
  - ?? Etre un casseur de publicité (avec des slogans critiques) de façon à détériorer le moins possible le matériel.
  - ?? Vivre simplement en ayant le moins possible de superflu. Avoir du temps plutôt que de l'argent, ce qui permet une autre qualité de vie et un plus grand engagement dans la société.
  - ?? Etc.

## **Micah Network - A Call from Querétaro**

PAR MARKUS MEURY

Das Micha-Netzwerk ist eine weltweite Vereinigung von 200 freikirchlichen Hilfswerken. An ihrem Kongress 2003 veröffentlichten sie den nachstehenden Aufruf. Darin ist festgehalten, dass die Art, wie sich die Wirtschaftsglobalisierung momentan entwickelt, für einen grossen Teil der Armen desaströsen Folgen hat. Das Micha-Netzwerk ruft besonders die reichen Länder dazu auf, die ihnen anvertraute Macht nicht für Eigeninteressen zu brauchen, sondern sich für gerechtere Handelsregeln, für die Selbstbestimmung der armen Länder und für einen wirksamen Kampf gegen die extreme Armut einzusetzen.

### **Justice, love and humility**

What does the Lord require of you? To do justice, to love mercy and to walk humbly with your God. Micah 6:8

We, the Micah Network, representatives of the worldwide Christian Church and stakeholders in the promotion of justice and wholeness in God's world, are gravely concerned about the present regime of economic globalization. In particular we lament the fact that the benefits of globalization have failed to reach the poor. The loss and degradation of life that results from this is a great moral issue and not just an economic challenge.

We view with alarm and distress the imbalances in today's global order, causing the uneven spread of wealth and growth among countries and within societies, particularly in developing economies where masses of people are being excluded by this process.

We recognize that links to the global market have in some cases opened societies and increased wages, due to the presence of socially responsible transnational

corporations. There are many more cases, however, where this has exacted great social costs like environmental degradation and the sacrifice of workers' rights. We reject the assumption that the integration of local economies into the global system is the only path that leads to growth and democratization. This is undue enthusiasm over the capacity of market forces to induce social wellness.

The truer picture is that instead of «lifting all boats», the poor countries are now much poorer, and a transnational aristocracy has emerged. Societies are more vulnerable to unrest and the instabilities of polarization caused by inequalities in the global playing field where there are a few winners and many losers. There is a widening gap between those who are able to access technological innovation and those who are historically disadvantaged and cannot adapt quickly enough to the new realities.

We deplore the double standards applied in global trade, where weaker countries are forced to open and deregulate their economies while those who are strong continue to maintain tariff barriers and perpetuate unfair advantages by subsidies and the use of political muscle. In light of the failed Cancun World Trade Organization meetings, we are concerned that future negotiations address more seriously these inequities.

We urge financial institutions like the IMF to reverse unhelpful prescriptions for structural adjustments, and the World Bank to ensure that lending policies do not deepen poverty in debtor countries. Likewise, we demand that money proven to be stolen from national coffers and stashed away in Swiss and other banks be returned to the world's poor to whom it rightly belongs.

Global media has spread the culture of consumerism and expanded the dominance of those with the power to market their goods and images beyond their borders. We challenge the media to use its great potential and power to strengthen civil society, support true democracy and foster understanding and genuine dialogue across cultures.

Corruption and bad governance has trapped many into hopelessness and misery. We appeal to governments, rich and poor, to put their house in order. The plight of the poor can only be improved within an environment of transparency and accountability. Economies can only thrive within a context of stable policies and secure social contracts.

Pressure from wealthy countries to pursue policies that lead to deeper poverty must be resisted. Likewise, the attempts to bully or bribe nations to support the « war on terrorism » should cease.

We stand against the global arms trade that lies behind and sustains much of the conflict that we see today. We call to account those who foster, enlarge and prolong wars in the name of profit, religion or national security.

We remind the world's leaders, particularly those of powerful countries, that without justice there is no peace. Security cannot be won with weapons. Poverty is a breeding ground for violence. Justice demands that the poor of the world enjoy genuine freedom and economic security.

For our part we commit ourselves as organizations to do all in our power to address poverty and its causes through our own programmes. We will work with governments and international organizations to seek political and practical solutions. We are committed to mobilise other churches and Christian organisations to play their part in this challenge to combat global poverty.

History shows that the best socioeconomic and political solutions are found through cooperation and dialogue, based on moral principles and on practical experience. The application of these measures and principles will be necessary if we are to achieve the Millenium Development Goals and reduce long-standing inequalities.

This is what the Lord says « Let not the wise man boast of his wisdom or the strong man boast of his strength or the rich man boast of his riches, but let him who boasts

boast about this: that he understands and knows me, that I am the Lord, who exercises kindness, justice and righteousness on Earth, for in these I delight », declares the Lord. (Jeremiah 9: 23-4)

## **Epilog vom 19. November 2005 ....**

### **Der Fall Delphi: wo endet die Globalisierung?**

Delphi ist der grösste Hersteller von Autoteilen der Welt. Das Unternehmen beliefert zahlreiche Autofirmen auf der ganzen Welt und zählt heute noch 185'000 Angestellte, ein Viertel davon in den USA. Um einen drohenden Konkurs abzuwenden, will Delphi-Chef Robert Miller die Löhne der amerikanischen Arbeiter um 60% auf durchschnittlich 13 Franken in der Stunde senken, dazu die Krankenkasse praktisch abschaffen, die Pensionskassenzahlungen halbieren und zwei Wochen Ferien kürzen. Damit liegen die Löhne noch knapp über der Armutsgrenze.

Es handle sich um eine « höllische Kollision zwischen ökonomischen Kräften », meinte Miller an einem Vortrag. Viele Delphi-Arbeiter hätten immer noch das Gefühl, sie seien in den siebziger Jahren. Die « grosszügigen Löhne und Lohnnebenleistungen », an die sich die US-Arbeiter gewöhnt hätten, seien nicht mehr erschwinglich. In der Automobilindustrie müsse das geschehen, was in der Stahl- und Luftfahrtbranche bereits geschehen sei. Delphi konkurriere mit Billiganbietern aus Asien und Südamerika. Die Globalisierung lasse keine andere Wahl, wir seien alle in den Strudel der globalen Wirtschaft geraten.

Diese dramatischen Vorgänge und Aussagen werfen fundamentale Fragen auf:

- ?? Wenn es stimmt, dass wegen der Globalisierung keine würdigen Löhne mehr bezahlt werden können und kein familiengerechtes Leben mehr geführt werden kann, ist dies nicht eine Bankrotterklärung des globalisierten Wirtschaftssystems?
- ?? Wenn man liest, dass selbst in vielen aufstrebenden Ländern im Süden die Löhne « auf Grund der Konkurrenz » gekürzt und die Arbeiterschutzgesetze abgebaut werden, wo endet dann der « Strudel der globalen Wirtschaft »?
- ?? Was nützt diese globale Wirtschaft, wo gerade das Leben der ärmeren Menschen, die am meisten Verbesserung nötig hätten, immer härter wird und wo gleichzeitig

eine Oberschicht immer reicher wird?

- ?? Nach den Entwicklungen der letzten 20 Jahre zu schliessen, muss man mit der Zeit von der Entwicklung einer neuen Art der Sklaverei reden, wo die Menschen immer mehr und härter arbeiten müssen und viele Menschen immer weniger davon leben können, sich aber in einem globalen Überlebenskampf wähnen, wo sie nicht aufbegehren können?
- ?? Warum gewinnen die Freiheits-Ideologien, die sich gegen jegliche korrigierende Eingriffe des Staates wenden, gerade in dieser Zeit an Einfluss? Haben die Kreise, die von dieser Art von Wirtschaft profitieren, zu grossen Einfluss auf die Meinungsbildung?
- ?? Warum gewinnt gleichzeitig in christlichen Kreisen das Prosperity Gospel als Rechtfertigung für die Oberschicht und als einzige verbleibende Auswegshoffnung der Unterschicht entgegen der biblischen Lehre an Terrain? Warum fordert bisher nur ein kleiner (aber zum Glück doch wachsender) Teil der Christen Gerechtigkeit und eine Einschränkung der Macht des Geldes, obwohl die Bibel eigentlich Klartext spricht?
- ?? Werden die Verlierer der Globalisierung doch eines Tages aufbegehren oder sind sie genügend mit der globalen Konkurrenz indoktriniert, sodass sie eine schleichende Verhärtung und Zementierung des Systems (immer stärkere Kontrolle der Medien durch interessierte Kreise wie in den USA und in Italien; Abbau der Chancengleichheit durch Privatisierung der Bildung, etc.) akzeptieren und sich unterwerfen?
- ?? Welches Szenario erwartet uns? Werden die Christen schnell genug aufwachen und Gegensteuer geben, bevor es vielleicht in ferner Zukunft zu Bürgerkriegen und damit zu einem Grund für weitere Verhärtung durch dann gar legitimierte Repression kommt?

Dies sind zugegebenermassen provokative Fragen, Zuspitzungen und zum Teil Schreckensszenarien, die hoffentlich nicht eintreffen. Die Welt hat solche Vorgänge aber bereits mehrfach erlebt. Es liegt nun an uns, die Welt mitzugestalten, damit wir



Globalisierung aus christlicher Sicht: Analysen, Kritik & Alternativen

und unsere Nächsten ein von Gott gewolltes würdiges Leben führen können.



## **Literatur**

### **Bücher**

PETRELLA R., Wasser für alle, 2000, Zurich, Rotpunktverlag, 2000

PETRELLA R., Le manifeste de l'Eau, Bruxelles, Labor, 1998

PETRELLA Ricardo, Le bien commun, éloge de la solidarité, Bruxelles, Labor, 1996.

STIGLITZ J. E., La grande désillusion, Paris, Livre de poche, 2003

STIGLITZ J. E., Die Schatten der Globalisierung; Berlin, Siedler Verlag, 2002

### **Zeitungsartikel**

Alternatives économiques, 20 ans de mondialisation, le bilan, septembre 00, No 184, PP: 36-47; 72-75; 78-83; 86; 93.

Le Courrier, Un gouvernement mondial dans l'ombre, février 98.

Le Courrier, Réinventer la solidarité, repenser le monde, 25 novembre 00, P.12.

Le Temps stratégique, La mondialisation et après ?, juillet-août 2000, n°94

Manière de voir, La ruée vers l'eau,, sept.-oct. 2002, n°65

RAMONET I. (sous la dir.), «La ruée vers l'eau», Le Monde diplomatique, Manière de voir, n° 65, septembre-octobre 2002

SECO, «Globalisierung auf dem Prüfstand», Die Volkswirtschaft, n° 1/2002: Berne, 2002

SIB, FTMH, FCTA, Work, 6 décembre 2002, Zürich

VALERIO Ruth: Globalisation, Tear Fund Angleterre, Londres, 2004

VALERIO Ruth: Globalisierung, Tear Fund Suisse, Zürich, Genève, 2004

## **Web sites**

### Globalisierung

Swisscoalition: [www.swisscoalition.ch](http://www.swisscoalition.ch)

Erklärung von Bern: [www.evb.ch](http://www.evb.ch)

Micah Challenge: [www.micahchallenge.org](http://www.micahchallenge.org)

Weltbank : [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)

IWF: [www.imf.org](http://www.imf.org)

Welthandelsorganisatio:[www.wto.org](http://www.wto.org)

AMP : [www.agp.org](http://www.agp.org)

Jubilé 2000 : [www.jubilee2000.org](http://www.jubilee2000.org)

### Wasser

Public Services International Research Unit : [www.psimu.org](http://www.psimu.org)

Bank Information Center USA : [www.bicusa.org/ptoc/pdf/psiru\\_water.pdf](http://www.bicusa.org/ptoc/pdf/psiru_water.pdf)

Globalisierung aus christlicher Sicht: Analysen, Kritik & Alternativen

United Nations Conference on Trade and Development: [www.unctad.org](http://www.unctad.org)

Swisscoalition : [www.swisscoalition.ch](http://www.swisscoalition.ch)



**© Copyfree! 2005. ChristNet. www.ChristNet.ch.**

Dieser Text kann in seiner Gesamtheit unter Angabe des folgenden Hinweises frei vervielfältigt und kostenlos verbreitet werden: « © Copyfree! ChristNet 2005. www.ChristNet.ch. »

Weitere Exemplare sind unter folgender Adresse erhältlich: [info@christnetonline.ch](mailto:info@christnetonline.ch) oder ChristNet, 30, rue du Jura, 1201 Genf. 022 733 50 83.

Preisempfehlung: CHF 7.--

